

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar, halbjährig 10,00 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren für Auslandabonnenten 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Herabausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Abendzeitung“, „Nach und Zeit“ und „Bilderbogen“, „Ferien-Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des 10 Pfennig-Restwertes in Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Blattes 25 Pfennig (zuletzt zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Blattes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Warte für 15 Wochentagen für zwei Worte. Arbeitsnachweise 60 Pfennig. Familienanzeigen 30 Pfennig. Anzeigenannahme im Druckgeschäft Umbenennung wochentags von 9/11 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Tönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositarkasse Lindenstr. 1

## Keine voreilige Steuererleichterung!

Der Kampf um die Lastenverteilung.  
Von Wilhelm Koll.

Schon lange, bevor mit einem Erfolg der Pariser Reparationsverhandlungen zu rechnen war, bemühten sich eifrige Interessenten, das Fell des Bären zu verteilen. Die parlamentarischen Vertreter des Großkapitals und der Großindustrie standen dabei vorn an. Komme es zu einer Herabminderung der Reparationslasten, so müsse sofort die „Entlastung der Wirtschaft“ eintreten, die zur Förderung der Kapitalbildung notwendig sei. Kein Pfennig von den freierwerbenden Mitteln dürfe für irgendwelche anderen Zwecke verwendet werden! So hört man es seit Monaten aus dem Munde der Steuerfachverständigen der Demokraten und der Volksparteier, zum Teil auch der Deutschnationalen, so liest man es tagtäglich in ihrer Presse.

Nachdem nunmehr Paris ein positives Ergebnis gebracht hat, wird der innerpolitische Kampf um die Entlastung in aller Schärfe entbrennen. Mit der Ratifizierung des Young-Planes werden von den 2 1/2 Milliarden, die Deutschland auf Grund des Dawes-Planes im Etatjahr 1929 zu zahlen gehabt hätte, rund 500 Millionen frei, im Etatjahr 1930 verringert sich die Reparationslast um rund 800 Millionen. Ginge es nach den Wünschen der Anwälte des Großbesitzes, so würde bereits am 1. September dieses Jahres eine Senkung der Besitzsteuern um jene 500 Millionen und am 1. April 1930 um weitere 800 Millionen pro Jahr in Kraft treten.

Eine merkwürdige Sinnesart läßt diese Kreise die These aufstellen, daß die Entlastung, die einem besiegten und tributpflichtig gemachten Volke gewährt wird, nicht etwa den nothleidendsten, sondern den reichsten Schichten zugute kommen müsse. Sie haben jedoch ihre Pläne schon ein wenig zurückgeschraubt müssen. Nach Aeußerungen, die in der letzten Finanzdebatte im Haushaltsausschuß des Reichstags fielen, wollen sie gnädigst die bis zum 1. April 1930 freierwerbenden Beträge dem Reiche belassen. Von da ab aber soll die Entlastung restlos der Steuererleichterung dienen. Kein Pfennig neuer Ausgaben dürfe mit Rücksicht auf die Reparationserleichterungen beschlossen werden, verkündete der Redner der Sozialdemokratischen Partei. Ähnliche Anschauungen hörte man aus dem Munde des Vertreters der Deutschen Volkspartei. Es war eine erfreuliche Erscheinung, daß die Redner fast aller übrigen Parteien dieser Auffassung entschieden widersprachen. Die Sozialdemokratie hielt mit allem Nachdruck an der Auffassung fest, die sie seit Monaten immer wieder vertreten hat, daß die erste und dringlichste Aufgabe die Sanierung der Reichsfinanzen und der Reichskasse sei.

Als eine ungeheuerliche Frivolität würde es von der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes empfunden werden, wenn nach den finanzpolitischen Erfahrungen der letzten Monate und Wochen die erste Folge der außenpolitischen Entlastung nicht die Sanierung der Finanzen, sondern eine Steuerermäßigung für den Besitz wäre. Die Finanzen des Reiches sind seit geraumer Zeit in bedenklicher Verfassung. Von den Finanzfachverständigen der Parteien des verflochtenen Bürgerblocks ist der gegenwärtigen Regierung bezeugt worden, daß sie ein Verschulden an dieser Finanzlage nicht trifft. Aber die Finanznot besteht. Der Etat für 1928 hat, wie von der Sozialdemokratie bei seiner Verabschiedung vorausgesagt worden ist, ein Defizit von 155 Millionen gebracht. Der Etat für 1929 ist so knapp bemessen, daß er gleichfalls zu einem Defizit führen müßte, wenn er unverändert ausgeführt würde. Unter den Abstrichen, die an den Ausgaben dieses Etats vorgenommen worden sind, befinden sich zahlreiche größere Postitionen, wie Kanalbauten, Erstellung von Verwaltungsgebäuden usw., die im nächsten Jahr wiederkehren und den Etat belasten werden. Man spricht von weiteren großen Hilfsmahnahmen zugunsten der Landwirtschaft, man stellt Entwürfe auf Schaffung eines Kleinrentnergesetzes, man will Eisenbahnen in den Grenzgebieten bauen, man diskutiert über den Bau eines großen Strahnenetzes durch ganz Deutschland für den Kraftwagenverkehr. Wie diese und viele andere hinzukommende Ausgaben finanziert werden sollen, ohne auf die Reparationsentlastung zurückzugreifen, ist einstweilen noch das Geheimnis der Träger dieser Pläne.

Hinzu kommen die großen Kassenchwierigkeiten der Reichsfinanzverwaltung. Der Versuch, einen Teil der kurzfristigen Kredite, die bisher in Anspruch genommen werden mußten, mit Hilfe der Steuerfreien Reichsanleihe in langfristige zu verwandeln, ist schlecht gelungen. Das magere Ergebnis dieser Anleihezeichnung hat den Reichsfinanzminister von den Kassennöten nicht befreit. In absehbarer Zeit kann der Versuch, eine innere Anleihe aufzunehmen, nicht wiederholt werden. Der Kapitalmarkt des Auslandes wird für die Zwecke der Deutschen Reichskasse und für andere große Aufgaben so stark in Anspruch genommen werden, daß auch auf diesem Wege eine Wüderung der Kassenlöcher nicht erreichbar ist. Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als auch die Kassenlage mit Hilfe der langsam anwachsenden Reparationsnachlässe in Ordnung

## England für Achtstundentag.

Ratifizierung in Genf angekündigt.

Genf, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Auf der Arbeitskonferenz wurde am Dienstag von dem englischen Regierungsovertreter die Stellung der britischen Regierung zur Frage des Achtstundentages bekannt gegeben. Der englische Regierungsovertreter erklärte: „Ich bin autorisiert, mitzuteilen, daß die englische Regierung die Absicht hat, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um baldigst die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit vorzunehmen.“ Diese Ratifizierung wird, wie der englische Regierungsovertreter erläuternd fortfuhr, vorbehaltlos sein. Sie wird sich bezüglich der unstrittigen Punkte des Washingtoner Abkommens an die Vereinbarung der Arbeitsminister vom Jahre 1926 halten. Im übrigen kündigte der Vertreter der britischen Regierung die Ratifizierung des Abkommens über die Mindestlöhne und über die Anhebung der Seelente an. — Die Arbeitergruppe der Konferenz sandte Macdonald und dem englischen Arbeitsminister Frau Bondfield ein Telegramm, in dem das Versprechen der baldigen Ratifizierung unterstrichen wurde.

Die englische Delegation ließ versichern, die britische Ratifizierung brauche nicht durch das Parlament zu erfolgen, sondern könne vom Kabinett auf dem Verordnungswege vorgenommen werden. Umstritten dagegen sei die Frage, ob das Parlament erst das von Macdonald angekündigte Arbeitszeitgesetz erledigen werde,

bevor die Verordnung über das Washingtoner Abkommen erfolge. Aber auch für dieses Arbeitszeitgesetz rechne man auf eine sichere Mehrheit im Unterhaus.

Im übrigen ist aus der Debatte vom Dienstag ein starkes Belkenntnis des Vertreters der dänischen Regierung, des sozialdemokratischen Finanzministers Brannæs, zur internationalen Sozialpolitik bemerkenswert. Brannæs betonte, daß die Soziallasten keine wirkliche Belastung der Wirtschaft bedeuten, sondern nur eine andere Verteilung der Wirtschaftproduktion. Der Teil des Einkommens, der für Soziallasten aufgewendet würde, diene in Wirklichkeit zur Stärkung der Produktivität der Gesamtwirtschaft.

Mit dieser ersten Regierungshandlung hat das Kabinett Macdonald den Treubruch der konservativen englischen Regierung wieder gutgemacht. Noch bis zum letzten Augenblick hat der konservative englische Arbeitsminister Steel Maitland versucht, das Abkommen von Washington zu Fall zu bringen und die kommende Arbeiterregierung vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Ratifizierung durch England zieht unweigerlich die Ratifizierung durch Deutschland nach sich. Frankreich hat bereits ratifiziert unter dem Vorbehalt der Ratifizierung durch England und Deutschland. Belgien hat vorbehaltlos ratifiziert.

## Minderheiten-Kompromiß.

Besprechung Stresemann-Briand. — Schuberts Vorarbeit.

Madrid, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Die Umwandlung des Völkerbundesrates in ein „Ratskomitee“ zum Studium der Minderheitenfrage hat die zu bedauernde Möglichkeit geschaffen, eines der wichtigsten Probleme unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln. Diese Methode hat alle Nachteile der Geheimdiplomatie, aber keinen Vorteil. Die Zahl der offiziellen Personen vom Völkerbundssekretariat und den Delegationen, die an dieser Geheimtagung teilnehmen, geht in die Hunderte, so daß man doch indirekt erfährt, was geschieht ist. Außerdem gibt ein ausführlicher Bericht des Völkerbundssekretariats den Sitzungsverlauf im wesentlichen wieder. Aber der Berichterstatter, dem die Pflicht obliegt, die Öffentlichkeit zu unterrichten, mußte den Vorbehalt vorausschicken, daß er nicht unmittelbare Eindrücke weitergeben kann, sondern auf Mitteilungen aus zweiter Hand angewiesen ist.

In der Dienstagssitzung des Ratskomitees hatte Dr. Stresemann die schwere Aufgabe, nachzuweisen, was die deutsche Abordnung vor seiner Ankunft unterlassen hatte. Der Reichsaußenminister erkannte an, daß im Verfahren gewisse Verbesserungen angebahnt sind, andere Verbesserungsvorschläge Deutschlands sind dagegen bisher nicht berücksichtigt worden. Zu den grundsätzlichen Fragen, den Aufgaben und Pflichten des Völkerbundes gegenüber den nationalen Minderheiten, schlug Stresemann vor: Vertagung der Entscheidung oder Einholung eines Gutachtens des ständigen internationalen Gerichtshofes in Haag über Aufgaben und Pflichten des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten. Nur so könnte man der Welt das Schauspiel der Uneinigkeit des Rates in dieser wichtigen Frage ersparen.

zumal es üblich sei, daß man sich einmütig einem solchen Gutachten des Haager Gerichtshofes unterwerfe. Mit aller Entschiedenheit erklärte Stresemann, daß er dem „Londoner Bericht“ — des Dreierkomitees Chamberlain, Adachi, Quinones de Leon, der in London residiert und als Grundlage der bisherigen Madrider Beratungen vorgelesen wurde — nicht zustimmen werde. Stresemanns Rede, die frei und lebhaft vorgetragen wurde, soll nach dem Bericht von Zuhörern einen starken Eindruck gemacht haben, doch zeigt der weitere Verlauf der Diskussion, wie schwierig Stresemanns Position im Ratskomitee geworden ist.

Briand, dessen Antwort in der Form zwar höflich, in der Sache aber recht scharf war, hatte ziemlich leichtes Spiel. Er wiederholte mehrfach, daß das Komitee vor Stresemanns Ankunft — also mit Zustimmung v. Schuberts — beschlossen hatte, den Londoner Bericht zur Diskussionsgrundlage zu nehmen, wobei es jedem freistehen sollte, Vorbehalte über die grundsätzliche Seite des Problems zu machen. Adachi sei beauftragt worden, einen Schlussbericht auszuarbeiten und die heutige Sitzung hätte nur den Zweck gehabt, diesen Bericht endgültig gutzuheißen. Briand wandte sich gegen eine Vertagung, die neue Unruhe und neue Treibereien hervorrufen könnte. Aber

auch den zweiten Vorschlag Stresemanns, die Einholung eines Gutachtens des Haager Gerichtshofes lehnte Briand ab,

und zwar mit der unhaltbaren Begründung, daß dies gewissermaßen als ein Misstrauensvotum für die ganze bisherige Tätigkeit des Völkerbundesrates in der Minderheitenfrage gedeutet werden könnte. Komme es nicht zur Einigung im Rat, dann bedeute dies

zu bringen. Zu dieser Sanierung gehört aber auch die Schaffung eines neuen Betriebsmittelfonds, ohne den die Finanzverwaltung an jedem Quartalswechsel vor der Gnade der Großbanken abhängig sein würde. Die peinlichen Situationen, in denen sich der Reichsfinanzminister in den letzten Monaten wiederholt befand, hatten nicht wenig ihre Ursache darin, daß unter seinen Vorgängern Kähler und Reinhold alle Fonds und Kassen geleert worden waren. Diese Fehler müssen jetzt ausgemacht werden.

Für die Erfüllung all dieser Zwecke werden die Minderausgaben an Reparationen auf lange Zeit hinaus gebraucht werden. Hinzukommen neue wichtige soziale Aufgaben, an denen das Reich nicht vorbeigehen kann. Auch wenn die augenblickliche Krise der Arbeitslosenversicherung ihre Lösung findet, muß damit gerechnet werden, daß das Reich für die Versorgung der Arbeitslosen in Zukunft gewisse Garantien zu übernehmen hat. Aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen ist das Reich verpflichtet, den Folgeerscheinungen der Industrialisierung, der Rationalisierung, des wachsenden Tempos im Auf und Ab der Konjunktur zu begegnen. Erst wenn nach Befriedigung all dieser Bedürfnisse die Reichsfinanzen Ueberflüsse aufweisen, kann an eine Steuererleichterung gedacht werden.

Diese Steuererleichterung darf dann aber selbstverständlich nicht beginnen bei den leistungsfähigsten Schichten, sondern muß in erster Linie den Armen zugute kommen. Kapitalbildung ist gewiß, wie Karl Marx schon festgestellt hat, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine unbedingte Notwendigkeit. Die Kapitalbildung in Deutschland seit der Stabilisierung der Währung ist auch durchaus nicht so kleinen Umfangs, wie es die Befürworter der Steuererleichterung hinstellen möchten. Allerdings sind die breiten Massen an der Kapitalbildung nur in geringem Maße beteiligt. Dieser Tatsache muß bei einer künftigen Neuorganisation des Steuerwesens Rechnung getragen werden. Eine demokratische Republik, die sozialen Geist atmen soll, darf nicht der kleinen Oberschicht ihrer Bevölkerung das Privileg der Kapitalbildung einräumen, sondern muß es den breiten Massen ermöglichen, sich an der Kapitalbildung zu beteiligen.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie muß daher in der nächsten Zukunft sein, zunächst einer voreiligen Steuererleichterung entschieden zu widersprechen, und später, wenn eine solche Senkung verantwortet werden kann, dafür zu sorgen, daß sie der finanzpolitischen und sozialen Gerechtigkeit und staatspolitischen Vernunft nicht hohn spricht.



die Rückkehr zum Zustand vorher, und dann würde die ganze Arbeit des Dreierkomitees vergeblich gewesen sein.

Stresemann erwiderte, daß er die Gewissenhaftigkeit der Arbeit dieses Dreierkomitees nicht bezweifelt habe, daß er ebenso sehr wie jeder andere die Einmütigkeit im Rat erstrebe, daß aber durch eine Verlagerung sich neue Möglichkeiten ergeben würden, die jetzt fehlende Einmütigkeit zu erreichen. Ebenso würde eine Anrufung des Haager Gerichtshofes in keiner Weise dem Prestige des Rates Abbruch tun.

Der Kanadier Dandurand, der noch am Freitag für die Vertagung eingetreten war, ohne jedoch von Schubert unterstützt zu werden, trat jetzt für den Antrag Adatschis ein, der zwar nicht alle kanadischen Anregungen berücksichtigte, aber immerhin einige Verbesserungen enthält.

Die weiteren Redner Adatsch, Titulescu und schließlich Scialoja als Vorsitzender des Komitees, versuchten auf Stresemann den stärksten Druck auszuüben, sagten immer wieder, daß man sich ja am Sonnabend eigentlich schon über die Fragen des Verfahrens geeinigt habe. So wurde immer noch

#### Schubert gegen Stresemann ausgeplett,

was die Lage Stresemanns nicht gerade angenehm gestaltete.

Die Abend Sitzung war überraschend kurz und ergab eine vorläufige Klärung der Situation im Sinne eines annehmbaren Kompromisses.

Adatschis Bericht wurde in endgültiger Form vorgelegt. Durch die neue Fassung wird der ursprüngliche Londoner Bericht, der für Deutschland unannehmbar war, aufgehoben. Nach einer kurzen historischen Einleitung werden die einzelnen Verbesserungsversuche für das künftige Verfahren in Rinderheutefragen aufgezählt. Die prinzipielle Seite bleibt offen, aber die Sitzungsprotokolle des Komitees werden als offizielles Material veröffentlicht und allen Mitgliedstaaten zugestellt, ebenso das Protokoll der Ratssitzung am Donnerstag, in der die einzelnen Delegationen ihre Zustimmung zu dem Bericht begründen und erläutern werden. Stresemann will in dieser Sitzung den deutschen Standpunkt nochmals mit allem Nachdruck darlegen. Es ist zu erwarten, daß auch

die Vertreter anderer Länder, besonders Polens und der kleinen Entente ebenso scharfe Gegenerklärungen

abgeben werden. Es besteht daher die Gefahr, daß man sich am Donnerstag in der öffentlichen Plenarsitzung so gründlich auseinandersetzt, daß das Kompromiß vom Dienstag wieder aufsteht.

Unter diesem Vorbehalt kann man das Ergebnis vom Dienstag als einstweilige Erledigung des Rinderheuteproblems betrachten. Stresemann hat sich zu diesem Kompromiß bereitgefunden, da die Vertagung nicht mehr durchzuführen war und sogar der Kanadier Dandurand an ihn appellierte, eine Lösung nicht zu verhindern, die Verbesserungen zugunsten der Rinderheute enthält. Diese Verbesserungen entsprechen zwar nur einem Teil der deutschen und der kanadischen Vorschläge, aber der Reichsaussenminister hat geglaubt, daß er nicht die Verantwortung übernehmen könne, den Rinderheute die Vorteile dieser Verbesserungen nach auf Monate hinaus zu entziehen. Die prinzipielle Seite des Rinderheuteproblems bleibt offen für eine Wiederauflösung in einer späteren und günstigeren Zeit.

Der Dienstagnachmittag brachte die erste Unterredung Briand-Stresemann. In der dreiviertelstündigen Unterredung wurden — wie beide erklärten — alle die beiden Länder betreffenden Probleme erörtert.

## Begegnung Briand-Stresemann.

V. Sch. Madrid, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Die am Montag verübene erste Begegnung zwischen Briand und Stresemann hat bereits am Dienstag nachmittag um 5 1/2 Uhr in Briands Hotelzimmer stattgefunden. Sie dauerte zwar nur dreiviertel Stunden, weil sich beide Minister zu der für 6 Uhr angelegten Abend Sitzung des Ratkomitees begeben mußten, aber es werden ihr bestimmt weitere Folgen Stresemann, der am Abend die deutsche Presse empfing, war unter Berufung auf eine Vereinbarung mit Briand ziemlich wortfroh und bekannte nur, daß die Aussprache durchaus freundschaftlich war und den anfänglich aller Ratssitzungen üblichen Meinungsaustausch über die schwebenden außenpolitischen Fragen gebildet hätte.

Zum Glück ist Briand, der zur selben Zeit die französischen Pressevertreter empfing, etwas ausführlicher gewesen. Auch er stellte die Unterredung als eine Selbstverständlichkeit hin, zumal nach den Vereinbarungen mit Hermann Müller im September 1928 ein bestimmtes Aktionsprogramm aufgestellt worden war, von dem eine wichtige Etappe durch die Unterzeichnung des Sachverständigenberichts bereits erzielt worden sei. Andererseits betonte Briand die Schwierigkeiten, regelrechte Verhandlungen über dieses Programm in Abwesenheit eines der Kontrahenten, nämlich der englischen Regierung, zu führen. Aber Stresemann habe keine Verhandlungen eingeleitet und weder die noch ungelöste Frage der Freistellungs- und Vergleichskommission noch die Saatzfrage angechnitten.

Auch Briand betonte die Herzlichkeit dieser ersten Begegnung und verbreitete sich sodann über die Kompromißaussichten in der Rinderheutefrage, die er als günstig bezeichnete.

Aus diesen verschiedenen Erklärungen gewinnt man den Eindruck, daß Briand durchaus gewillt zu sein scheint, in privaten und unverbindlichen Besprechungen mit Stresemann die Frage der Einberufung der kommenden Reparations- und Räumungskonferenz ausführlich zu erörtern. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß in französischen Kreisen die Einberufung einer solchen Konferenz, auf der alle Probleme des Septemberprogramms gleichzeitlich erörtert werden sollen, nunmehr als Selbstverständlichkeit bezeichnet wird, während noch vor acht Tagen Stimmung dafür gemacht wurde, daß Deutschland zuerst auf einer reinen Reparationskonferenz die Expertenentscheidungen annehmen sollte, bevor man über die Räumung verhandelt.

Dieser Standpunkt ist offenbar inzwischen ausgegeben worden und die baldige Einberufung einer allgemeinen Reparations- und Räumungskonferenz steht außer Zweifel. Als Ort sei London als sehr wahrscheinlich und als Zeit die zweite Julihälfte.

## Zwei Helden.

Oder die immunisierte Uniform.

Darmstadt, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Am heftigsten Bondtag erschienen am Dienstag zwei kommunistische Abgeordnete in der Uniform des Roten Frontkämpferbundes. Erst auf Grund einer Aufforderung des Bundtagspräsidenten setzten sie ihre Hülsen ab. Da der Rote Frontkämpferbund in Hessen verboten ist, brachten die beiden Abgeordneten ihre Uniform in einem Koffer verpackt mit in das Bundtagsgebäude und kleideten sich hier um. Ihr Kostümschmuck erregte allgemeine Heiterkeit.

# Der neue Abtreibungsparagraf.

Milderungen der ursprünglichen Vorlage erreicht. — Einjährige Verjährungsfrist.

Der Strafrechtsexpertenrat des Reichstags beendete gestern die Beratung der Abtreibungsparagrafen. In der Erörterung führte Frau Abg. Kunert (Soz.) als letzte Rednerin der Fraktion aus: Nach vor dreißig Jahren habe die katholische Kirche den Willen zur Unfruchtbarkeit und bestimmte Verfahren zur Kleinhaltung der Familie ausdrücklich gebilligt. Wenn das Zentrum sich heute einer Erweiterung der Indikation des Artztes widersetze, so werde die Bewegung gegen die Abtreibungsparagrafen draußen im Lande über diese überlebten Auffassungen hinweggehen. Im „Münsterischen Anzeiger“, einem Zentrumsblatt, sei im vergangenen Jahre zu lesen gewesen: „In der heutigen schwierigen Zeit ist es für eine Nation jedenfalls besser, weniger Kinder zur Welt zu bringen, denen bessere Ausbildungsmöglichkeiten zugewendet werden können, als ein umerlöstes Kind der proletarischen Zukunft.“ Das seien Zeichen der Zeit.

Immer mehr werde die Geburtenregelung zu einer brennenden internationalen Frage nicht nur in Europa, sondern bis in die Länder des fernen Ostens, die Länder der großen Kinderzahl und der entsprechend großen Kindersterblichkeit. Japan nehme jährlich um 1/2 Millionen Menschen zu. Wohin mit dem Menschenüberschuß? Auswanderung ist erschwert durch die Einwanderungsbeschränkungen der anderen Länder. Es bleibt als letztes Mittel nur der Krieg zur Erhebung von Siedlungsland. In eine solche Sackgasse kommen überbevölkerte Länder schließlich bei unkontrollierter Geburtenzahl. Auch Deutschland sei ein überbevölkertes Land. Wie groß würden Not und Elend werden, wenn jährlich nur eine halbe Million Menschen mehr geboren würden, deren Erziehung heute verhindert würde!

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Streichung der Strafbarkeit der Abtreibung von allen bürgerlichen Parteien, bei Stimmenthaltung der Demokraten, abgelehnt. Der Abtreibung verfielen auch sozialdemokratische Strafmilderungsanträge, wie andererseits verschärfende deutschnationale und Zentrumsanträge.

§ 253 wurde schließlich in der Form des Antrages Ehlermann (Dem.) angenommen, der in zwei Punkten eine Verbesserung gegenüber der Vorlage bringt:

1. gemäß einem sozialdemokratischen Antrag die Einführung einer einjährigen Verjährungsfrist;
2. die Bestimmung, daß in besonders leichten Fällen, auch bei vollendeter Abtreibung (nicht nur bei versuchter) das Gericht von Strafe absehen kann.

Damit sind wenigstens einige Milderungen der Regierungsvorlage erreicht. Der § 253 hat nunmehr folgende Fassung:

#### Abtreibung.

Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft.

Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet.

Der Versuch ist strafbar.

In besonders leichten Fällen kann das Gericht von Strafe absehen.

Die Strafbarkeit erlischt für eine Frau, die diese Handlung an sich selbst vorgenommen hat oder hat vornehmen lassen, wenn seit der Handlung ein Jahr vergangen ist.

Wer die im Absatz 2 bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gemeinschaftlich begeht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder einen Gegenstand zur Abtreibung der Frucht gewerbenmäßig verschafft.

§ 254 (ärztlich gebotene Unterbrechung der Schwangerschaft) wird mit 18 gegen 20 Stimmen in folgender Form genehmigt:

„Eine Abtreibung im Sinne dieses Gesetzes liegt nicht vor, wenn ein approbierter Arzt eine Schwangerschaft unterbricht, weil es nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Abwendung einer ersten Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mutter erforderlich ist.“

Eine Tötung im Sinne dieses Gesetzes liegt nicht vor, wenn ein approbierter Arzt aus dem gleichen Grunde ein in der Geburt begriffenes Kind tötet.“

Die sonst hierzu vorliegenden Anträge wurden abgelehnt. — § 255 handelt von der Ankündigung von Abtreibungsmitteln. Dazu gehen eine Reihe mündlicher Anträge ein. Um diese drucken zu lassen, wurde die Beratung auf Mittwoch vertagt.

## Eine notwendige Maßregel.

Ostpreußenhilfe und Landwirtschaftsverband.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Die preussische Staatsregierung hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen beauftragt, dem Landwirtschaftsverband Ostpreußen folgende Eröffnungen zu machen:

Die Reichsregierung hat, nachdem bereits 48,5 Millionen Mark als zweite Hypothek im Rahmen der Ostpreußenhilfe verteilt werden konnten, auf Vortrag des Oberpräsidenten der Landesbank der Provinz Ostpreußen für den gleichen Zweck 20 Millionen Mark zur Verfügung und weitere 10 Millionen Mark in Aussicht gestellt. Der provinzielle Kreditausschuß hat über die Verwendung der Mittel bereits entschieden. Die von der Reichs- und Staatsregierung in Aussicht genommenen Hilfsmassnahmen für die Provinz, besonders die Kredithilfen, können sich aber nur zum Vorteil der ostpreussischen Landwirtschaft auswirken, wenn sie von einem vertrauensvollen Zusammenwirken aller Kreise der Landwirtschaft und ihrer Organisationen mit der Reichs- und Staatsregierung getragen werden. Die Durchführung und die Wirkung der Hilfsmassnahmen wird aber gefährdet und beeinträchtigt durch das Vorgehen des Landwirtschaftsverbandes, der auf seiner 10. Vertreterversammlung Beschlüsse gefaßt hat, die als eine Aufforderung zum Käuferstreit und zur Produktionsbeschränkung aufzufassen sind und die sogar vor dem verwerflichen Mittel der Berrussenerklärung gegen Berufsgenossen zur Durchführung dieser Beschlüsse nicht zurückschrecken. Die Verwirklichung dieser Pläne der Landwirtschaftsverbandes würde die Verbundenheit der ostpreussischen Wirtschaftskreise zerreißen und Handel, Gewerbe und insbesondere die Landwirtschaft auf das schwerste schädigen.

Die verantwortlichen Kreise des Landwirtschaftsverbandes sind auch in der Folgezeit, trotz entschiedener Einwirkung des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, von der auf der Vertreterversammlung befundenen Auffassung nicht in einer für ihre Anhänger erkennbaren Weise abgerückt. Die Reichs- und Staatsregierung kann, solange der Landwirtschaftsverband an seinem wirtschaftsschädigenden Vorgehen festhält, nur bei den Bundesorganen helfend eingreifen, die nicht hinter diesen vom Landwirtschaftsverband beabsichtigten Maßnahmen stehen.

## Agrarische „Rot“kundgebung.

Mit Freibier und Räubersjöl.

Im vergangenen Sonnabend fand in Insterburg eine Versammlung des Landwirtschaftsverbandes statt, die sich mit der Regie einer agrarischen „Rotkundgebung“ beschäftigte, die demnächst in Königsberg stattfinden soll. Der Kreisgeschäftsführer Sauvont umriß die Forderungen der Großagrarien: völlige Steuerbefreiung und starke Heraussetzung der Agrarzölle.

Für die famose Rotkundgebung wurden folgende Anordnungen getroffen:

Es ist verboten, im Sonntagsrod zu erscheinen, dagegen sind lange Stiefel erwünscht! Damit soll eine „not-

## Mauereinschurz beim Funkturm.

Vier Arbeiter verschüttet.

Auf dem Schloßplatz in der Nähe des Funkturms am Kaiserdamm stürzte bei Bauarbeiten gestern kurz vor Mitternacht eine Mauer ein.

Vier Arbeiter wurden verschüttet. Drei von ihnen wurden von der Feuerwehr nach längeren Bemühungen geborgen; sie hatten schwere Verletzungen davongetragen, an der Vergung des vierten Verschütteten wird noch gearbeitet.

bärtige Kleidung“ erzielt werden! Es ist untersagt, zu dieser Kundgebung im Auto zu erscheinen,

denn wenn „mehrere hundert Autos auf dem Demonstrationsplatz auffahren, gäbe es kein gutes Bild von der Landwirtschaft“.

sagte Herr Sauvont. Lokale dürfen nicht besucht werden; denn „es steht zu befürchten, daß einige Herren, begeistert von dem wichtigen Aufmarsch der Kundgebung, dem Alkohol ein wenig zuviel zusprechen“, begründete Herr Sauvont diese Maßnahme. Essen ist mitzubringen, denn einige Herren könnten in begrifflichem Verlangen nach der gewohnten Kost feudale Restaurants aufsuchen und so den Eindruck der Rotkundgebung hinfällig machen! Auch Alte, Greise, Krüppel und Kranke sollen an der Kundgebung teilnehmen, um zu zeigen, welche Folgen die „Not der Landwirtschaft“ geseigt hat!

Schon auf der Hinfahrt gibt es in den Sägen Freibier, nach der Kundgebung in einem Gartenrestaurant Freibier und Mittagessen. Rotkundgebung!

Es ist eine widerliche Komödie, die von den Trahlsiehern des Landwirtschaftsverbandes unter der Firma „Rotkundgebung“ arrangiert wird.

## Die Labour-Staatssekretäre.

Bewährte Sozialisten auf wichtigen Posten.

London, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Ramsay MacDonald hat vor seiner Abreise nach Schottland noch 21 Nennungen neu befehlet. Die meisten Ernennungen betreffen Posten, die nach kontinentalen Begriffen nicht Ministerposten im engeren Sinne des Wortes sind, sondern politischen Staatssekretären und Unterstaatssekretären entsprechen, jedoch Ministerrang besitzen. Staatssekretär im Außenamt wurde Dr. Dalton, Abg. Pethick Lawrence Staatssekretär im Schatzamt. Das ebenfalls äußerst wichtige Amt eines Staatssekretärs im Ministerium für Volksgesundheit wurde Frau Suzanne Lawrence übertragen. Interesse verdienen ferner die Berufung des ehemaligen Staatssekretärs im Außenamt Bonsondy zum Staatssekretär im Kolonialministerium und des Gewerkschaftsführers Shinwell, ehemals Schneider im Osten von London, als Staatssekretär im Kriegsministerium. Shinwell war in der ersten Regierung MacDonald Bergbauminister. Der ehemalige liberale Gesundheitsminister Dr. Addison, seit einigen Jahren Mitglied der Arbeiterpartei, hat auf besonderen Wunsch MacDonalds den Posten des Unterstaatssekretärs im Ackerbauministerium angenommen.

## Solidarität aller Arbeitenden.

London, 11. Juni.

Der Bergarbeiterführer Coof ist der Unabhängigen Arbeiterpartei, der er 1906 angehörte, wieder beigetreten. Coof, dessen kommunistische Tendenzen starken Widerstand begegneten, erklärte: „Macdonald und seine Kollegen brauchen alle Mitarbeiter und Hilfe, die ihnen gegeben werden kann.“

## Falout im Reichswehrfeld.

Erklärung der tschechoslowakischen Regierung.

Prag, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Im Senat führte Ministerpräsident und Wehrminister Udras über den Spinnagefall Falout aus: Falout war seit 1924 als Kapitän in der Hilfsstaffel der Operationsabteilung des Generalstabs beschäftigt. Unter dem Druck von Schulden hat er sich Ende September v. J. einen Auslandspaß verschafft, ist damit nach Berlin gefahren, hat dort

der Nachrichtenabteilung des Reichswehrministeriums seinen Dienst angeboten, 1000 M. Vorschuß und weitere Instruktionen erhalten.

Später ist er wiederholt, sofern er das nötige Material beibringen hatte, per Bahn und Flugzeug nach Deutschland gefahren. Falout soll nach seinem Geständnis außer seinen Reisepapieren vom Deutschen Nachrichtendienst etwa 4000 Mark als Honorar erhalten haben.



# Ewert's Anklage.

Der „Verföhler“ auf dem kommunistischen Parteitag.

Das längst Erwartete, Dienstag nachmittag ward es Ereignis: Artur Ewert, eines der Häupter der „Verföhler“, bekam auf dem kommunistischen Parteitag das Wort in der Diskussion. Es wurde ihm sogar eine halbstündige Redezeit zugebilligt, was, am Sechsstundenreferat Thälmanns gemessen, freilich nicht viel war. Vorher hatten noch einige Delegierte aus den Bezirken im Reiche gesprochen und fast immer endeten sie mit der Forderung, daß mit den „Verföhler“ endlich Schluß gemacht werden müßte. Zu politisch belangvolleren Ausführungen kam es nur bei Ullrich und Dopfen, auf die wir noch zurückkommen werden.

Was wollen die „Verföhler“, was sagte Ewert? Fassen wir kurz zusammen. Ewert machte der kommunistischen Führung zum Vorwurf, daß sie durch ihre „neue Taktik“ die Partei von den Massen isoliere und sie zur Ohnmacht im politischen Leben, wie im Leben der Arbeiterbewegung, verurteile. An mehreren Beispielen zeigte er das im einzelnen auf. Früher habe die kommunistische Partei die Taktik verfolgt, möglichst viele Posten in der Gewerkschaftsbewegung zu besetzen, um von da aus auf die der kommunistischen Partei noch fernstehenden Gewerkschaftskollegen einzuwirken. Heute dagegen verbinde man sich mit Unorganisierten, gebe den „Reformisten“ einen billigen Anlaß, die „revolutionäre Opposition“ loszuwerden, und schalte sich dadurch selbst von den Entscheidungen aus. Denn die Tatsache stehe doch fest, daß die Gewerkschaften bei allen großen wirtschaftlichen Bewegungen die Führung in der Hand haben und daß ihr Ausgang nicht von der Opposition oder gar von den Unorganisierten, sondern von den Gewerkschaften bestimmt werde. Ein ähnliches Bild zeige sich bei den anderen Massenorganisationen der Arbeiterschaft, wie bei den Sportern und bei den Freidenkern. Überall Rückgang des „oppositionellen“, dagegen Stärkung des „reformistischen“ Einflusses.

Ähnliches sagte Ewert über die Mai-Ereignisse in Berlin. Es sei die größte Dummheit gewesen, zum Boykott der Gewerkschaftsversammlungen aufzurufen. Er hütele sich freilich, in der Öffentlichkeit Kritik an der Parteiführung zu üben. Wer aber genauer hinhörte, und das taten die Delegierten, der wußte schon Bescheid. Auch hier habe es sich gezeigt, was von dem Bescheid, die kommunistische Partei habe schon die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich, zu halten sei. Wenn das wirklich irgendwo wahr wäre, dann müßte man klar erkennen, „daß die Linie, die die Partei jetzt entwickelt, dahin führt, daß wir nahe daran sind, die Mehrheit zu verlieren“. Falls sei es auch, einen Kampf gegen den Faschismus zu führen, den es in Wirklichkeit in Deutschland gar nicht gebe. Man könne höchstens sagen, daß die Form der Demokratie in der Deutschen Republik nur die verkappte Herrschaft des Finanzkapitals sei. Deshalb sei es auch eine irrende Einstellung, die Zusammenhänge in Berlin als einen Ausfluß des angeblich bereits in Deutschland herrschenden Faschismus zu betrachten.

Ewert hat das nicht ganz so deutlich gesagt, denn sonst hätte ihn wohl bald ein Sturm der Entrüstung von Rednerpult vertrieben. Aber seine Gedankengänge waren doch so, daß sie von den Delegierten als „reformistisch“, also als verhältnismäßig vernünftig, empfunden werden mußten. Ewert bediente sich zwar noch der kommunistischen Phrasologie, aber er rückt doch schon ganz offen von der putschistischen Taktik der gegenwärtigen Parteiführung ab. Er verlangt, noch ein wenig verschleiert, daß auch die Kommunisten sich auf den Boden der realen Tatsachen stellen und im Rahmen der republikanischen Staatsform und mit verfassungsmäßigen Mitteln für ihre Bestrebungen kämpfen sollen. Zum Schluß seiner Rede erklärte er, daß er einige im Januar aufgestellte Thesen stellen lasse. Er versprach weiter, die Beschlüsse des Parteitag und der kommunistischen Internationale getreulich durchzuführen, verlangte aber das Recht für sich und seine Freunde, im Rahmen der Organisation seine Meinung frei äußern zu können. Nach ihm erhob sich jedoch sofort ein Leipziger Delegierter, um den Parteitag noch einmal vor den „Verföhler“ zu warnen. Er schwang ein Papier, das die genaue Darstellung des Fraktionsaufbaues der „Verföhler“ enthalten soll. Danach dürfte deren Schicksal wohl besiegelt sein.

Aus der vorangegangenen Diskussion ist noch zu erwähnen, daß Ullrich, der gegenwärtige Verbindungsmann zwischen Berlin und Rostow, den Maiputsch als eine Art Generalprobe für den revolutionären Endkampf feierte. Die Maikämpfe hätten den Beweis erbracht, daß die Schutzpolizei nicht unüberwindlich sei; die kommunistische Partei habe daraus gelernt, wie ihre Kampfmethoden noch zu steigern seien.

Dahlem kündete an, daß die Kommunisten jetzt zur Schaffung eigener Organisationen in der Sportbewegung schreiten würden. Was in Berlin, Halle und einigen anderen Bezirken bereits durchgeführt worden sei, die Auflösung der revolutionären Sportgenossen vom Bunde, müsse auch in den anderen Bezirken nachgeholt werden, dann wolle man diese Splitter zusammenfassen und einen neuen Sportbund gründen. Ähnliches soll in der Freidenkerbewegung geschehen, wo man dem jetzigen großen Bunde eine eigene kommunistische Kulturorganisation entgegenstellen will. Schließlich soll jetzt darangegangen werden, die sozialen Organisationen, in denen der kommunistische Einfluß bisher gleich Null war, zu spalten und unter dem Protektorat der kommunistischen Partei neue Organisationen zu schaffen.

Diese Mitteilungen sind deswegen bemerkenswert, weil die kommunistische Parteiführung es bisher abgesehen hatte, daß die „Opposition“ in den Massenverbänden der Arbeiterschaft nur der Vorbereitung für eine neue Spaltung der Arbeiterschaft dienen sollen.

## Freisprechung in Oppeln.

Zeitungshefte gegen das Potengasspiel vom Gericht verneint.

Oppeln, 11. Juni.

Das Schöffengericht verhandelte gegen Dr. Anand, den Hauptkreditgeber der „Oberlohe“ Tageszeitung, wegen Verstoßes gegen den § 130 StGB. Dr. Anand hatte als verantwortlicher Redakteur gegen die vom Magistrat erteilte Genehmigung einer polnischen Theateraufführung Stellung genommen und die Stabsordnungenvermittlung aufgefordert, den Magistratsbeschlüssen aufzugeben. Erster Staatsanwalt Scholz beantragte einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist in Anbetracht des jugendlichen Alters des Angeklagten. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht die Freisprechung. Wie die Urteilsbegründung ausführt, hat das Gericht verneint, daß hier ein Anreiz auf die Bevölkerung ausgeübt worden sei. Die Veröffentlichung sei auch nicht geschehen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise. Der Angeklagte habe lediglich die Stimme der Bevölkerung wiedergegeben, auch habe ihm das Bewußtsein gefehlt, den öffentlichen Frieden zu gefährden.

# Curacao.



Es gärt in der Flasche!

## Die Preußenfrage.

Was wollen die Demokraten?

Die Demokratische Landtagsfraktion veröffentlicht eine Mitteilung, die besagt, daß sich die Demokratische Fraktion in ihrer Donnerstagssitzung mit den Verhandlungen beschäftigt werde, die zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und der Deutschen Volkspartei wegen der Regierungserweiterung in Preußen gepflogen worden sind. Die demokratische Landtagsfraktion vertrete den Standpunkt, daß zu solchen Verhandlungen nur der Ministerpräsident berufen sei. Deshalb habe sie den Nachrichten über Verhandlungen zwischen einzelnen Abgeordneten der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Volkspartei keinen großen Wert beigelegt. Einen Zusammenhang zwischen den Koalitionsoverhandlungen und der Entscheidung über das Kommando erkenne die demokratische Landtagsfraktion nicht an, sie sei für Wiederherstellung einer Großen Koalition in Preußen und auch bereit, „zu den notwendigen Opfern beizutragen“.

Den eigentlichen Sinn dieser etwas dunklen Sage erklärt man aus einem längeren Kommentar des „B. T.“. Aus diesem spricht eine deutliche Verstimmung darüber, daß Braun der Deutschen Volkspartei das „von dem Demokraten Schreiber vermittelte Handelsministerium“ angeboten habe und daß in den erwähnten interfraktionellen Besprechungen auch noch über andere Posten gesprochen worden sei, angeblich auch über einen zweiten, der Deutschen Volkspartei zu überantwortenden Sitz im Kabinett, womit wohl das Unterrichtsministerium gemeint ist. In diesem Zusammenhang stellt das „B. T.“ die Frage,

ob es tatsächlich angebracht sei, in dieser Weise über die Besetzung wichtiger politischer Ämter mit volksparteilichen Kandidaten zu verhandeln und zwar über Ämter, deren gegenwärtige Inhaber einer anderen Partei nahe stehen und sich demütigen haben.

Man muß hiernach wirklich fragen, was die Demokraten in Preußen eigentlich erreichen wollen. Auf der einen Seite sind sie es gewesen, die seit Jahren am stärksten von den drei Koalitionsparteien die Hineinnahme der Deutschen Volkspartei in die Koalition fordern und sich — wie auch in der oben zitierten Veröffentlichung — zu Opfern bereit erklären. Auf der anderen Seite aber fühlen sie sich brüskiert, sobald das Opfer konkrete Form annimmt.

Wie ist die Lage in Preußen? Bei 21 Mandaten hat die Demokratische Partei im preußischen Kabinett 3 Minister (unter Hinzurechnung des zwar nicht parteimäßig bei ihr eingeschriebenen, aber ihr nahe stehenden Unterrichtsministers Beder). Die Sozialdemokratie stellt bei 138 Abgeordneten im Kabinett 2 Minister. Es kommt also auf je sieben demokratische Abgeordnete, dagegen erst auf je sieben sozialdemokratische Abgeordnete ein Minister! Daß dies Demokratie sei, wird die Demokratische Partei selber nicht behaupten wollen. Es ist daher ebenso selbstverständlich, daß bei einem eventuellen Eintritt der Volkspartei in das Kabinett die Demokraten die Opfernden sein müssen, wie umgekehrt die Sozialdemokratie als gerechte Kompensation bei einer solchen Regierungserweiterung endlich die ihr nach ihrer Stärke im Ministerium zustehende Vertretung fordert. Die Sozialdemokratie wird sich von dieser gerechten und notwendigen Forderung auch dadurch nicht abhalten lassen, daß eine gewisse demokratische Presse jetzt sämtliche demokratischen Minister zu Genies befördert, während sie heroorragende sozialdemokratische Parlamentarier, die sie als deren Nachfolger fürchtet, als „Nullitäten“ und „Subalternitäten“ abtun möchte.

Wir betonen ausdrücklich, daß diese Kritik nur den Teil der demokratischen Presse betrifft, die sich bei ihrem Eintreten für den Unterrichtsminister Beder in dieser gehässigen Weise gegen den Genossen König wandten. Im Gegensatz hierzu hat die „Vossische Zeitung“ bereits eingesehen, daß diese Propaganda des „B. T.“ und der „Frankf. Ztg.“ im Effekt lediglich dem volksparteilichen Boelig die Wege zur Rückkehr ins Unterrichtsministerium ebnet.

### Aus Beders Reich.

Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Lehrer wird uns noch geschrieben:

Obwohl Herr Minister Beder seit 14 Tagen selbst mit einem Wechsel im Kultusministerium rechnet, hat er ohne Wissen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der letzten Woche folgende Veränderungen vorgenommen: Das Mitglied der oppositionellen Deutschnationalen Volkspartei, Herr Oberregierungsrat Rohbach, wurde zum Ministerialrat ernannt, obwohl die stärkste Partei

Preußens ständig gegen seine Ernennung protestiert hat. Ebenso wurde der jetzige Demokrat und Reife des früheren deutschnationalen Ministerialrats Leist zum Ministerialrat befördert.

Gegen den ausdrücklichen Protest unserer Partei wurde die bisher von dem ehemaligen Volksschullehrer Ministerialrat Dr. Karstädt in der Volksschulabteilung verwaltete Stelle abgetrennt und in die Universitätsabteilung gegeben. Die Volksschulabteilung behält so noch einen einzigen ehemaligen Volksschullehrer und Sozialdemokraten unter etwa zwanzig Räten. Herr Minister Beder hat in seiner langen Tätigkeit noch keine Gelegenheit gefunden, auch nur einen einzigen sozialdemokratischen Ministerialrat in seine Volksschulabteilung zu berufen. Vielleicht ist auf unserer Seite darin die „notorische Untüchtigkeit“ schuld, die jeden Menschen in dem Augenblick befällt, in dem er sich freiwillig zur Sozialdemokratie bekennt. Es mutet eigenartig an, daß ein Minister in dem Augenblick, in dem er selbst nachweislich schon mit seinem Rücktritt gerechnet hat, noch solche Veränderungen vornimmt. Das Urteil überlassen wir getrost der Öffentlichkeit, die sicher weniger hinter Herrn Minister Beder stehen dürfte, als demokratische Zeitungen es behaupten.

In diesem Zusammenhang erscheinen die Angriffe verschiedener Universitätsprofessoren im „Tagewort“ gegen unseren Genossen König in einem seltsamen Licht. Man spricht vom Volksschullehrer und meint den Sozialdemokraten, der allerdings der Schule der breiten Volksmassen geben würde, was ihr gehört. Unser Genosse König ist wegen seiner Zielstrechtigkeit und Charakterfestigkeit, wegen seiner politischen Zuverlässigkeit und seines Könnens wiederholt als Verhandlungspartner vom Minister Beder besonders gelobt worden. Beder weiß, wie König zweimal auf persönliche Beförderungen verzichtet hat, weil ihm die Schulpolitik zur Herzenssache geworden ist. Wahrscheinlich würde Herr Minister Beder unter anderen Umständen König selbst als einen der geeignetsten Kandidaten bezeichnen. Wir hätten es daher im Interesse von Herrn Minister Beder selbst begrüßt, wenn er zu seinen Freunden gesagt hätte: „Ich kann es nicht hindern, wenn Ihr mich durch Euer Lob halten wollt. Ich verwehre es Euch aber, daß Ihr das dadurch zu erreichen sucht, daß Ihr den von mir bisher sehr geschätzten vermeintlichen Nachfolger herabsetzt.“ Sicher ist, daß Beders Verbindungen ausgereicht hätten, in Frankfurt a. M. und in Berlin solche Wirkung zu erzielen.

Die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion tritt am Mittwoch nachmittag um 6 Uhr zusammen, um zu dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Kurie Stellung zu nehmen.

## Volksparteiliche Steuerpolitik.

Kopfsteuer für die Minderbemittelten — aber Steuer-senkung für den Besitz.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich gestern mit einem volksparteilichen Antrage, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß eine etwaige Senkung der Reparationslasten in erster Linie zur Senkung der Realsteuer benutzt wird.

Natürlich waren auch die Deutschnationalen dafür zu haben. Dazu beantragten sie aber noch die Einführung eines Gemeindefinanzbeitrages. Der Gemeindefinanzbeitrag soll in einer Höhe von 3 Mark monatlich von jedem Gemeindefinanzbewohner entrichtet werden, der mehr als 3000 Mark Einkommen hat, und soll die Hälfte davon betragen, sobald das Einkommen weniger als 3000 Mark beträgt. Abgabepflichtig soll sein jeder über 21 Jahre alte Gemeindefinanzbewohner, der selbständig auf eigene Rechnung lebt bzw. jeder 18jährige Gemeindefinanzbewohner, sofern er im Haushalt der Eltern oder sonstiger Verwandter lebt und ein selbständiges Einkommen hat. Dieser Beitrag soll sich erhöhen, wenn die Gemeindefinanzbeiträge zur Gewerbesteuer über 400 Proz. oder die Grundvermögenssteuer über 200 Proz. beträgt. Also eine Kopfsteuer in der plumpsten und unsozialsten Form.

Der Antrag ist gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden.

Endlich freigelassen wurden die drei Bauherner Auszügler, die am Himmelfahrtstag in Böhmen als Spione verhaftet wurden, weil sie Soldaten mit dem billigeren böhmischen Bier freigehalten hatten!







# Der Oberstaatsanwalt hat gesprochen.

## Er beantragt Todesstrafe gegen August Rogens.

L. R. Neustrelitz, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Nach mehrstündigem Plädoyer stellte Oberstaatsanwalt Weber am Dienstag nachmittag im Jakobowki-Rogens-Prozess folgende Strafanträge:

Gegen August Rogens wegen gemeinschaftlichen Mordes die Todesstrafe, wegen Meineides zum Nachteil Jakobowskis zwei Jahre Zuchthaus, außerdem dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Gegen Friß Rogens wegen gemeinschaftlichen Mordes in Mittäterschaft, aber unter Berücksichtigung des Jugendgerichtsgesetzes zwei Jahre Gefängnis, wegen Meineides zum Nachteil Jakobowskis ein Jahr Gefängnis, zusammengefaßt in eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren.

Gegen Frau Nähler-Rogens wegen Beihilfe zum Mord fünf Jahre Zuchthaus, wegen schweren Meineides in der leichteren Form des § 157, aber mit Rücksicht auf die Niedertracht drei Jahre Zuchthaus, zusammengezogen in eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren, sowie Ehrverlust auf zehn Jahre.

Gegen Blöcker wegen schweren Meineides die Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus, ferner fünf Jahre Ehrverlust und dauernde Entziehung der Zeugnisfähigkeit sowie Erlass eines Haftbefehls wegen Fluchtverdachts.

Schon um 7 Uhr morgens fanden sich die ersten Schau- und Hörkustigen vor dem Schlosse ein, um 10 Uhr begann der Einlaß. Der Zuhörerraum war im Ru gefüllt. Auf dem Wege vom Untersuchungsgefängnis im Landgericht zum Schlosse stehen die Neugierigen an — selbst Frauen mit Kinderwagen —, um die Angeklagten zu sehen. Um 10 Uhr traten diese einzeln in größeren Zwischenräumen aus dem Tor. Frau Rogens und August Rogens heute besonders bekümmert aus; aus dem Munde des Staatsanwalts sollen sie ja heute hören, was ihrer harri.

Schnell erfolgt noch die Verlesung einiger Schriftstücke. Der Lebenslauf der Frau Rogens führt noch einmal das Elend der Heidekate auf, ihre Not mit den vielen Kindern; sie belastet Jakobowski schwer und schildert mit graufiger Ruhe, wie aus den Versuchen, die Kinder unterzubringen, eine Befreiung des kleinen Ewald wurde. Endlich um 11 Uhr die

### Rede des Oberstaatsanwalts Weber.

Er geht ohne Umschweife auf die Sache selbst ein, schildert in schmuckloser Sprache die Verbrechen der Frau Rogens, die Kinder unterzubringen, und kommt auf die Bestände der drei Angeklagten zu sprechen. Er prüft die Stichhaltigkeit, indem er ihr Zustandekommen darstellt. Der Staatsanwalt gelangt zu dem Ergebnis, daß die Geständnisse den Tatsachen entsprochen haben und so zur Grundlage für die Beurteilung der Beteiligung der Mitangeklagten an der ihnen zur Last gelegten Tat gemacht werden können.

Sehr interessant war es zu hören, wie der Oberstaatsanwalt die Begründung des ersten Urteils zerpflückte.

Dies erscheint uns so anerkenntniswerter, als der Oberstaatsanwalt Weber, der jetzige Ankläger, seinerzeit als Untersuchungsrichter die Voruntersuchung gegen Jakobowski geführt

hat, die in eine Mordanklage gegen Jakobowski und Verurteilung zum Tode geführt hat. Nur dem reichen Stoff war es zu verdanken, daß das 1½stündige Plädoyer mit gespannter Aufmerksamkeit, ohne Ermüdung, bei lautloser Stille angehört wurde. Die Methode, derer sich der Ankläger bediente, war richtig gewählt. Er stellte zuerst die Schuld der drei angeklagten Familienmitglieder Rogens fest und warf dann die Frage auf: Wer muß noch dabei gewesen sein? Blöcker jedenfalls nicht; Kreuzfeld möglicherweise als Mitwisser oder Berater, jedoch nicht als hauptsächlichste Triebkraft. Das konnte auch Frau Rogens nicht gewesen sein; dagegen spricht ihr Verhalten vor und nach der Tat. War es aber Jakobowski? Und der Staatsanwalt, der eben erst festgestellt hatte, das erste Urteil sei in vielen Punkten unrichtig, kommt zu dem Schluß, daß die Ergebnisse der zweiten

### Der gefährdete Schulhof

Vor einiger Zeit mußte das Haus Belziger Straße 34 von sämtlichen Bewohnern geräumt werden, da Einsturzgefahr besteht. Das Haus grenzt mit seinen Brandmauern direkt an den Schulhof der Hohenzollern-Oberrealschule, der natürlich dadurch aufs äußerste gefährdet ist. Zwar sollen sich Schäden schon seit etwa zehn Jahren zeigen; aber wer auf den Schulhof stehend die tiefen Risse in der einen Giebelwand sieht, erkennt ohne weiteres die unmittelbare Gefahr. Der Schulhof ist demnach in unmittelbarer Nähe des Gebäudes für die Schüler gesperrt. Ob damit aber



wirklich aller Gefahr begegnet ist, scheint fraglich. Die vergrößerte Einsturzgefahr soll von dem Bau der neuen großen Badeanstalt Schönebergs herrühren, die einige hundert Meter entfernt im Entstehen ist. Die umfangreichen Ausschachtungen haben den Druck der Sandmassen vermindert, so daß die Pfahlrosten, auf denen das Haus steht, nachgeben.

Die Untersuchungen über die Ursache der Schäden sind noch nicht abgeschlossen, doch wird angenommen, daß durch Grundwasserentfernung die Pfähle morsch geworden sind. Man hofft durch Neufundamentierung das Gebäude zu retten.

Hauptverhandlung sich in ihren Hauptteilen mit denen der ersten decken. Allein Jakobowski hatte genügend Ursache, die Befreiung des kleinen Ewald zu wünschen, in seinen Händen befanden sich sämtliche Fäden der Tat. Der Oberstaatsanwalt scheint aber gute Bitterung zu haben. Er will nicht alle Bräuen hinter sich abbrechen und erklärt in gleichem Atemzug, daß er sich wohl vorstellen könne, das Gericht werde Jakobowski nur für einen Mitwisser halten. Wenig verständlicher scheint es, daß der Ankläger es für nötig befunden hat, in seiner Rede die Schuld an der Vollstreckung der Todesstrafe Frau Rogens zuzuschreiben, die er als Furie bezeichnete. Er hat wohl vergessen, daß es Aufgabe einer künftgerecht geleiteten Voruntersuchung ist, die wahren Zusammenhänge aufzudecken und sämtliche Täter vor Gericht zu bringen. Es ist immer noch das gute Recht des Täters gewesen, die Behörden irreführen, und noch immer die Pflicht der Behörden gewesen, die Täter der Tat zu überführen.

In seinem Plädoyer führte der Oberstaatsanwalt Weber aus: Am undurchdringlichsten sind die Fülle von Geständnissen und Widersprüchen bei August Rogens, der sich zunächst nach den Bestandnissen des Kriminalrats Bennat als der Geständnisfreudigste gezeigt habe und dessen Hauptgeständnis nach einem schweren seelischen Zusammenbruch erfolgt sei. Damals habe er zugegeben, daß Friß ihn zur Ausübung der Tat bestellt hätte. Diese Geständnisse, so fährt der Oberstaatsanwalt fort, seien das A und O der ganzen Anklage, sie seien das feste Fundament, auf das sie sich auch jetzt noch stütze. Das Ergebnis aller dieser Geständnisse sei im großen und ganzen trotz mancher Unklarheiten übereinstimmend.

Benigstens könne man den Geständnissen wohl insofern Glauben schenken, als sich die Angeklagten damit selbst belasteten.

Der Oberstaatsanwalt wendet sich nach der Erklärung, daß ein Zusammenwirken von mehreren Personen bei der Tat für ihn außer Zweifel steht, dann einzelnen Teilen des Urteils gegen Jakobowski zu. Er betont dabei, daß die Feststellung wegen der Fußspuren für ihn keine Rolle mehr spiele und daß auch das Indiz des Rinderstreuens wegen seiner Unwahrscheinlichkeit als Beweismittel für ihn nicht in Frage komme.

Der Oberstaatsanwalt sucht des näheren nachzuweisen, daß ein so wilder Fahrer wie August sehr wohl noch am Nachmittag des 9. November in Pasingen eingetroffen sein könnte.

Auch habe sich August selbst zu verplappern begonnen.

Von großer Bedeutung sei die Frage, ob Kreuzfeld und Blöcker als Täter auszuscheiden hätten oder ob sie vielleicht an die Stelle der jetzt hier stehenden Angeklagten gehörten. Der Zeuge Paul Kreuzfeld sei besonders wegen des von ihm in der Nähe der Leichenfundstelle aufgefundenen Reizbuches in Verdacht gekommen. Nach höchstpersönlichem Gutachten stehe aber fest, daß er dieses Buch tatsächlich schon längere Zeit vor dem Mord verloren haben müsse. Gewiß habe Kreuzfeld bei seiner Zeugenaussage unverschämte gelogen. Immerhin stehe in dem Reizbuch positiv fest, daß Kreuzfeld nicht am Tatort gewelt haben kann. Der Oberstaatsanwalt wendet sich dann der Person Jakobowskis zu und erklärt, er sei vor der Frage, ob Jakobowski etwa vollkommen ausscheide, nicht zurückgeschreckt und habe geprüft, ob und in welchem Grade Jakobowski etwa ausscheiden könnte.

Er habe ernüchterte Bedenken gegen die Annahme einer Mitbeteiligung Jakobowskis, sei aber andererseits von dessen Mitwisserchaft überzeugt und halte dies auch für erwiesen.

Sicher sei Jakobowski im Bilde gewesen. Besonders wichtig sei die Frage, ob Jakobowski etwa deswegen ausscheiden könnte, weil

brannte ihm auf der Zunge — ob sie nächsten Sonntag reiten würde? Diese sechs Tage zwischen den beiden Sonntagen dachte er sehr viel an sie, und allmählich wurde ihm eines völlig klar: Er wollte sie besitzen. Und so sehr wünschte er dies, daß seine alte Furcht vor den Schürzenbändern ganz schwand. Er, der sein ganzes Leben vor den Weibern geflohen war, wurde nun so tapfer, daß er daran dachte, sie zu verfolgen. Früher oder später mußte er Dede eines Sonntags in den Bergen treffen, und wenn sie dann nicht miteinander bekannt wurden, so war es, weil sie sich nichts aus der Bekanntschaft mit ihm machte.

So fand er unter den Karten in seiner Hand noch eine, die der wahnsinnige Gott ihm ausgeteilt hatte. Wie wichtig diese Karte werden sollte, ließ er sich nicht träumen, aber er kam doch zu der Erkenntnis, daß es eine wirklich gute Karte war. Dann wieder zweifelte er. Vielleicht war es nur ein Trick des Glücks, um Unglück und Verzweiflung über ihn zu bringen. Geseht, daß Dede ihn nicht haben wollte, und geseht, daß er sich immer mehr und immer heißer in sie verliebte? Seine Furcht vor der Liebe wurde wieder lebendig. Er erinnerte sich aller unglücklichen Liebesgeschichten von Männern und Frauen, die er je gehört hatte.

Alte Erinnerungen schreckten ihn. Wenn es ihn erst richtig packte und Dede Mason ihn dann nicht wollte, dann war es beinahe so schlimm, wie wenn ihm alles, was er hatte, von Dowssett, Veiton und Guggenhammer geraubt worden wäre. Würde sein wachsendes Verlangen nach Dede geringer gewesen sein, so hätte seine Angst vielleicht jeden Gedanken an sie erstickt. So, wie es stand, tröstete er sich damit, daß einige Liebesgeschichten auch gut ausgingen. Und er konnte ja nicht wissen, ob das Glück ihm nicht solche Karten gegeben hatte, daß er gewann. Vielleicht war er ein solches Glückskind, das nicht verlieren konnte. Der Sonntag kam, und Bob benahm sich draußen in den Piedmont-Bergen wie ein Engel. Seine Liebenswürdigkeit war zuzeiten etwas unruhig und zappelig, aber sonst war er so fromm wie ein Lamm. Daylight hielt die zusammengelagerte Peitschenschnur in der rechten Hand bereit und wartete nur darauf, daß er ein einziges Mal herumwirbeln wollte, aber Bob wollte nicht, sein Benehmen war geradezu aufreizend tadellos. Doch von Dede war nichts zu entdecken. Bergabwärts ritt er hügel- und ab. Am Nachmittag setzte er den steilen Hang hinab und über die Wegscheide nach der anderen Bergkette hinüber, und von dort aus ritt er ins Karaga-Tal hinunter.

Und gerade, als er den Fuß des Abhangs erreicht hatte, hörte er den Hufschlag eines galoppierenden Pferdes hinter sich. Wenn das Dede war? Er wandte Bob und begann im Trab zurückzureiten. Wenn es wirklich Dede war, so war er ein Glückspilz; denn die Begegnung hätte nicht unter günstigeren Bedingungen erfolgen können. Sie ritten beide in derselben Richtung, und da sie Galopp ritt, so mußte sie ihn gerade dort einholen, wo der steile Aufstieg sie zwang, im Schritt zu reiten. Sie hatte keine Wahl, als mit ihm zum Gipfel hinaufzureiten, und wenn sie oben waren, zwang der steile Abstieg auf der anderen Seite sie wieder, im Schritt zu reiten.

Der Galopp näherte sich, aber er ritt ruhig weiter, bis er das Pferd hinter sich im Schritt gehen hörte. Da blickte er über die Schulter zurück. Es war Dede. Das Erkennen war schnell und ihrerseits mit Überraschung gepaart. Was war natürlicher, als daß er sein Pferd wandte und wartete, bis sie ihn eingeholt hatte, und daß sie dann nebeneinander den Hang hinauffröhen? Er hätte erleichtert seufzen können. Es war geschehen, und so leicht! Sie hatten sich begrüßt und nun ritten sie Seite an Seite in derselben Richtung.

Er bemerkte, daß sie sich mehr für das Pferd als für ihn selbst interessierte.

„Oh, was für ein schönes Tier!“ rief sie bei Bobs Anblick. Ihre Augen strahlten, und ihr Gesicht leuchtete vor Freude. Er konnte kaum glauben, daß sie dasselbe junge Mädchen war, das bei ihm im Kontor war, das junge Mädchen mit den ruhigen beherrschten Zügen.

„Ich wußte gar nicht, daß Sie reiten,“ war eine ihrer ersten Bemerkungen. „Ich dachte, sie wären mit ihren Schnellfahrmaschinen verheiratet.“

„Ich habe gerade angefangen,“ antwortete er. „Ich wurde stark, wissen Sie, und mußte mir daher Bewegung machen.“

Sie sandte ihm einen schnellen Seitenblick, der ihn vom Scheitel bis zur Sohle maß und seinen Sitz im Sattel prüfte, und sagte:

„Aber Sie haben doch früher schon geritten?“  
Er dachte, daß sie sich auf Pferde und alles, was damit zusammenhing, verstehen mußte, und erwiderte:  
„Seit vielen Jahren nicht mehr. Aber als Knabe in Oregon habe ich mir eingebildet, ein gewaltiger Reiter zu sein. Ich schlich mich fort vom Lager, um mit dem Vieh hinauszuritten und Mustangs zu dressieren und dergleichen.“  
(Fortsetzung folgt.)

### Jack London:

## Lockruf des Goldes

(Verdichtete Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Er mußte eine Methode finden, die das blühartige Herumwirbeln verhinderte. Er mußte das Pferd anhalten, ehe es herum war. Der Zügel allein genügte nicht. Auch die Sporen nicht. Dann blieb nur die Peitsche. Aber wie sollte er es machen? Er war in dieser Woche recht oft nicht bei der Sache, wenn er auf seinem Bureaustuhl saß. Er bildete sich ein, auf dem wundervollen kastanienbraunen Pferde zu sitzen und es an dem unerwarteten Herumwirbeln zu hindern. Ein solcher Augenblick von Geistesabwesenheit erfolgte gegen Ende der Woche mitten in einer Konferenz mit Hegan. Hegan, der ihm einen blendenden neuen Traum unterbreitete, wurde gemahrt, daß Daylight gar nicht zuhörte. Dessen Augen waren glanzlos geworden, als sähe er etwas in seinem inneren Blick.

„Ich hab' es!“ rief er plötzlich. „Hegan, gratulieren Sie mir. Es ist so einfach wie nur was. Ich brauch ihm bloß einen tüchtigen Schlag auf die Nase zu geben.“

Dann erklärte er dem verblüfften Hegan, um was es sich handelte, und hörte nachher wieder gut zu, obgleich er es nicht lassen konnte, hin und wieder vor Freude und Befriedigung laut zu lachen. Sein Plan war folgender: Bob wirbelte immer rechts herum. Schön. Er wollte die Peitschenschnur doppelt zusammenslegen und im selben Augenblick, wenn Bob zu wirbeln begann, ihm eines über die Nase geben. Das Pferd, das nach der Lektion angeht der doppelten Peitschenschnur noch einmal wirbeln würde, war noch nicht geboren.

In dieser Woche fühlte Daylight mehr als je, daß er weder soziale noch menschliche Berührungspunkte mit Dede hatte. Er konnte nicht einmal die einfache Frage an sie stellen, ob sie nächsten Sonntag ausreiten wollte. Das war eine Schwierigkeit neuer Art in seinem Verhältnis als Chef zu einem hübschen jungen Mädchen. Er betrachtete sie oft während der Arbeit, und die Frage, die er nicht stellen konnte,



die drei Rogens allein ohne ihn den Plan ausgeführt haben könnten. Der Oberstaatsanwalt hält eine solche Annahme für durchaus unwahrscheinlich. Daß die Frau Kähler-Rogens den entschlossenen Willen zur Tat gehabt habe, halte er für positiv widerlegt. Sie sei ganz offensichtlich in die Sache hineingelockt, und man könne ihr auch nicht widerlegen, daß sie die Abreise nur auf die Drohungen hin vorgenommen habe. Sie könne auch nicht gut die Anstifterin ihrer beiden Söhne zu der Tat gewesen sein.

In dem Todesurteil gegen Jakubowski seien verschiedene Annahmen unrichtig.

Denn er sei nicht der natürliche Vater Ewalds gewesen, wie es das Urteil angenommen habe, und es treffe auch nicht zu, daß er sich lieblos zu seinen Kindern verhalten habe. — Unter launiger Stille im ganzen Saal verkündete der Oberstaatsanwalt nunmehr die Strafanträge. Die Angeklagten nahmen die Anträge ohne größere Rührung auf, dagegen war Bewegung im Zuhörerzimmer zu vernehmen, namentlich bei Verkündung des Antrages gegen Frau Kähler-Rogens. In der Begründung dieser Anträge weist der Oberstaatsanwalt besonders auf die Schwere der geleisteten Missetat hin, die erheblich dazu beigetragen hätten, daß das Todesurteil gegen Jakubowski überhaupt vollstreckt worden sei. Die Angeklagte Frau Kähler-Rogens habe sich Jakubowski gegenüber wie eine Furie benommen und seinen Tod auf dem Gewissen. (Bewegung im Zuhörerzimmer.)

Der Mittwoch bleibt stimmungsfrei; am Donnerstag werden nach dem Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Brandt, die Verteidiger der Angeklagten das Wort nehmen.

## Waldow wird weiter vernommen.

### Widersprüche in seinen Aussagen.

Im Stinnes-Prozess wurde am Dienstag die Frage der Vernehmung des in Paris wohnenden Zeugen Schrandt erörtert. Schrandt hat sich nur bereit erklärt, nach Rachen zu kommen, sich aber geweigert, in Berlin an Gerichtsstelle zu erscheinen. Der Vorsitzende stellte fest, daß weiter nichts übrig bleibe, als Schrandt in Rachen kommissarisch zu vernehmen. Die weitere Vernehmung des Herrn v. Waldow zieht sich ungewöhnlich lang hin. Das Gericht bemüht sich, die Widersprüche, die sich zwischen den Aussagen seiner ersten Vernehmung und seinen jetzigen Aussagen ergeben, aufzuklären.

Staatsanwalt: Herr v. Waldow, haben Sie nicht während Ihrer Haft aus dem Untersuchungsgefängnis, und zwar noch vor dem ersten Geständnis mündlich in einem Brief geschrieben: Ich wünschte, daß Herr Stinnes auch einmal hier sähe, damit er wüßte, wie das ist. v. Waldow: Das habe ich in meiner größten Verzweiflung geschrieben. R.-M. Lisberg: Ist es richtig, daß man Ihnen die Haftentlassung in Aussicht stellte, wenn Sie Stinnes belassen würden? v. Waldow: Der Untersuchungsrichter Brühl sagte mündlich: Entweder Sie müssen sitzen oder der Junior. Rechtsanwalt Gollnick: Wo man Stinnes hatte, kamen v. Waldow und Rothmann sofort frei. Staatsanwalt: Ich verstehe nicht, daß Sie auch nach Ihrer Entlassung aus der Haft noch monatelang Stinnes belasteten. Wie kam das, da der Druck der Justizbehörde doch fehlte? v. Waldow: Das ist mir unverständlich. Staatsanwalt Berliner richtete dann noch weitere Fragen an Herrn v. Waldow, aus denen hervorging, daß Waldow seinem Verteidiger gegenüber anfangs auch behauptet hatte, daß er Stinnes von dem unrettelichen Charakter des Geschäftes schon im November 1926 und nicht erst im Mai 1927 Mitteilung gemacht habe. Staatsanwalt: Aus welchen Gründen haben Sie nun Rothmann belastet? v. Waldow: Wenn ich das wahrheitswidrig getan habe, so nur, weil man mir gesagt hatte, daß Rothmann mich belastet hätte. Staatsanwalt: Ihre Freundin, Frau Groch, hat ausgesagt, daß Sie ihr im Dezember 1926 gestanden hätten, Sie seien in einen Betrug verwickelt. v. Waldow: Das hat Frau Groch gesagt, nachdem der Untersuchungsrichter ihr gesagt hatte, ich hätte das selbst eingestanden. Staatsanwalt: Wollen Sie damit sagen, daß der Untersuchungsrichter Frau Groch zu einer falschen Aussage bestimmt hat? v. Waldow: Herr Staatsanwalt, in Ihrer Amtssprache nennt man so etwas: Den einen gegen den anderen auszuspielen. Staatsanwalt: Herr v. Waldow, Sie erheben hier schwere Vorwürfe gegen Beamte der Voruntersuchung. Wann kam Ihnen diese Erkenntnis zuerst? v. Waldow: Sobald ich aus der Untersuchungshaft heraus war. Ich bin der Überzeugung, daß alle Beamten nach einer klar erkennbaren Linie handeln mußten. Staatsanwalt: Sie behaupten also, daß man Sie langsam müde gemacht und Ihr Geständnis erpreßt hat? Sie behaupten also, daß das Ganze ein System sei? v. Waldow: Aus der ganzen Situation war eine Kette von Verhältnissen erwachsen, die mich zermürbten. Meine Mutter war krank, mein Hof verfiel, Stinnes, so sagte man mir, verriet mich; mein erster Verteidiger kümmerte sich um nichts, so kam es zu meinem Zusammenbruch. Staatsanwalt: Also zerpfanden Ihre Vorwürfe gegen Beamte der Voruntersuchung völlig? v. Waldow: O nein, diese Vorwürfe halte ich bis zu einem gewissen Grade aufrecht.

Die Sitzung wurde auf Mittwoch, 9 Uhr, vertagt.

## Das Opfer des Schachteinsturzes gestorben.

Auf dem Hof der Rind-Brauerei wurde gestern, wie wir mitteilten, der 29jährige Erbarbeiter Felix Gokembowski aus der Kleinen Andreasstraße bei Schachtarbeiten verschüttet. Nach Stunden mußte der Unglückliche in seiner furchtbaren Lage ausharren, bis er nach angestrengten Bemühungen der Feuerwehr noch lebend geborgen werden konnte. G. hatte jedoch so schwere innere Quetschungen erlitten, daß er gestern im St.-Johannes-Krankenhaus in Tempelhofer Gestorben ist.

In der Christianiastraße wurde der 14jährige Schlosserlehrling Paul Peter aus der Emdener Straße 5 von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geschleudert. Mit schweren Kopfverletzungen wurde der Junge ins Birchow-Krankenhaus gebracht, wo der Tod infolge Schädelbruchs eintrat. — Ein schwerer Straßenunfall mit tödlichen Folgen trat gestern vor dem Hause Staliker Straße 54 zu. Der 13jährige Arbeiter Willi Kunst aus der Ughener Straße 8, der sich mit seinem Fahrrad auf dem Wege zur Arbeitsstätte befand, wurde dort von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Man schaffte den Verunglückten zur nächsten Rettungswache, wo der Arzt nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte.

## Der völkische Agitator kneift.

Am 26. Oktober 1928 fand in Bisdorf eine Versammlung einer Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei statt. Der bekannte völkische Agitator Hasselbacher trat als Redner auf. In seinen Ausführungen brachte er unerhörte Schmähungen gegen führende Staatsmänner, gegen den preußischen Ministerpräsidenten, gegen den preußischen Innenminister, gegen den Reichsaussenminister usw. vor, die geeignet erschienen, diese Persönlichkeiten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Außerdem war seine Rede durchsetzt von geradezu ungläublichen Schmähungen gegen die republikanische Staatsform. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde von der Staatsanwaltschaft gegen Hasselbacher Anklage wegen Vergehens gegen § 8 des Republikstg.

# Die Barrikadenkämpfe im Norden.

## Sieben von zehn Angeklagten verurteilt.

Vor dem Großen Schöffengericht Wedding, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Böhmert, fanden am Dienstag im Schwurgerichtssaal drei Strafprozesse wegen Landfriedensbruchs und Aufzucht von Revolutionen wegen der Vorgänge am 1. und 2. Mai in der Köpplerstraße, am Kettelschlagplatz und in der Reinholdsdorfer Straße angeklagt waren.

Der erste Prozeß richtete sich gegen zehn Angeklagte, die sämtlich behaupteten, sich in keiner Weise schuldig gemacht zu haben, obwohl bei einem von ihnen Waffen gefunden worden sind; sie sagen sämtlich aus, daß sie während der Schießerei und der Polizeiaktion in die Häuser geflüchtet seien, um Schutz zu suchen. Mit den Vorgängen selbst hätten sie nichts zu tun gehabt, sie seien gerade aus dem Kino oder von anderen Vergnügungen gekommen. Bei der Durchsuchung der Häuser seien sie dann festgenommen worden. Nach ihrer Behauptung hätte die Polizei sie dann ohne weiteres in brutalster Weise mißhandelt. Der erste Zeuge, Polizeimajor Bißl, der die Polizeiaktion in jenem Aufbruchgebiet leitete, gab eine anschauliche Darstellung über den Verlauf der Dinge. Im Dunkel der Nacht sei plötzlich von unbekannten Tätern das Straßensplaster aufgerissen und Barrikaden errichtet worden. Frauen und Männer, die in den dortigen Straßen wohnten, hätten die Polizei, zum Teil weinend, um Schutz gebeten, weil sie an den Barrikaden nicht vorbeikommen könnten, ohne beschossen zu werden. Darauf habe er den Befehl gegeben, die Barrikaden zu räumen. Nun sei die Polizei

von den Kommunisten zuerst beschossen worden und habe daraufhin das Feuer erwidert. Rechtsanwalt Dr. Artur Samter behauptete, daß die konzentrisch gegen die Barrikaden-eingelegten Polizeiträfte sich gegenseitig beschossen hätten. Der Zeuge bezeichnete das als völlig ausgeschlossen. Der Verteidiger behauptete weiter, daß die Polizei gar nicht hätte feststellen können, daß von Seiten der Kommunisten zuerst geschossen worden sei, weil sie die Leute, die geschossen haben, gar nicht hätten sehen können. Die Polizei habe blindlings in das Dunkel geschossen. Polizeimajor Bißl erklärte demgegenüber mit Entschiedenheit, daß nach Schüssen festgestellt worden seien, daß man auch das Rändungsfeuer und die Einschläge der Schüsse von den Dächern und aus den Fenstern beobachtet habe. Der Verteidiger beantragte nunmehr die Ladung der Minister Seevering und Orzeszinski, des Polizeipräsidenten Jürgel und zahlreicher sozialdemokratischer Parteifunktionäre. Diese Beweisanträge wurden jedoch vom Gericht abgelehnt.

Das Schöffengericht Wedding verurteilte den Hauptangeklagten Jacobs wegen schweren Landfriedensbruchs, Aufzucht, Schußwaffenbesitz und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 1 Jahr Gefängnis. Es wurden weiter verurteilt ein Angeklagter zu zehn Monaten Gefängnis, einer zu neun Monaten, drei zu sechs Monate Gefängnis und einer wegen einfachen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis; der letztere erhielt Bewährungsfrist und wurde unter Schutzaufsicht gestellt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Jacobs wurde aufrechterhalten.

## Der Leichenfund bei Schildhorn.

### Beachtet das Plakat an den Anschlagplätzen!

Der Leichenfund bei Schildhorn gibt der Kriminalpolizei schwere Rätsel auf. Trotz der zahlreich einlaufenden Meldungen über vermählte Mädchen usw. ist man in der Feststellung der Persönlichkeit der Ermordeten noch nicht weitergekommen.

Heute sind nun an den Anschlagplätzen die bekannten roten Nordplakate erschienen, deren Wortlaut das Publikum zur Mitarbeit auffordert. Es ist gelungen, den Kopf der Toten einigermaßen wiederherzustellen. Ein Sichtbild wird auf dem Plakat wiedergegeben sein. Für die Ermittlung des Täters und für die Feststellung der Persönlichkeit der Ermordeten ist, wie wir meldeten, eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt, die ausschließlich für Personen aus dem Publikum bestimmt ist.

## Der Sonnenburger Zuchthausprozeß.

### Strafmilderung in der Berufungsverhandlung.

Frankfurt a. d. O., 11. Juni.

Die Sensation, die im Februar die erstinstanzliche Verhandlung des Prozesses gegen das Aufsichtspersonal der Strafanstalt Sonnenburg brachte, hat strafrechtlich wenig ergeben, denn von den 14 Beamten, die ursprünglich unter Anklage gestellt waren, sind wiederholtlich an den zur Umarbeitung nach Sonnenburg geleiteten Reichswehrbeständen bereichert zu haben, mußten alle bis auf einen Fall freigesprochen werden.

Bedinglich der Oberwachmeister Raumann, dessen Verfehran von den übrigen abgetrennt werden mußte, ist jetzt vor dem großen Frankfurter Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis wegen Untreue verurteilt worden, nachdem sich auch gegen ihn die Anklage der Amtsunterschlagung nicht hatte ausreicht erhalten lassen.

## Bravo!

### Ein heller Berliner Junge.

Dank der Aufmerksamkeit eines zehnjährigen Jungen konnte gestern ein Warenchwinder und Urkundenfälscher unschädlich gemacht werden, den die Kriminalpolizei seit einiger Zeit suchte.

Ein 22 Jahre alter Kaufmann Helmut R war eine Weile im Besahft seiner Mutter tätig, die im Osten Berlins Wärfen, Pinsel und ähnliche Waren in einem Laden vertreibt. Dann paßte ihm die Arbeit nicht mehr, und er ging seine eigenen Wege. Die Namen der Lieferfirmen und einiger einschlägiger Geschäfte waren ihm bekannt. Darauf baute er seinen Plan. Bei Großhandlungen rief er unter dem Namen seiner Mutter telefonisch an und bestellte für einige hundert Mark Waren, die er einem Boten, den er schicken werde, auszuhandeln hat. Dieser Bote war ein ahnungsloser zehnjähriger Junge, den sich der Schwinder herbeigeholt hatte. Der Junge, der sich freute, in den Ferien ein paar Groschen extra zu verdienen, nahm den Auftrag gern an. Auf der Straße, z. B. auf dem Landsberger Platz, erwartete ihn R, nahm ihm die Waren ab und verkaufte sie umgehend für seine Tache. Er beging nun die Dummheit, bei einer Großfirma, die er schon einmal betrogen hatte, gestern zum zweitenmal anzurufen. Man schöpfte Verdacht und ließ den kleinen Boten, als er erschien, durch einen Angestellten der Firma verfolgen. R merkte das aber und machte sich beizeiten davon. Der Junge wurde nun festgenommen, weil man vermutete, daß er mit dem Schwinder unter einer Decke gesteckt habe. Das war nicht der Fall, und er wurde alsbald wieder entlassen. Der Junge hatte sich aber mächtig geübert und beschloß, auf eigene Faust den Mann zu suchen der ihn hereingelegt hatte. Er durchwanderte die Straßen und sah auch bald seinen „Auftraggeber“ vor sich. Der Junge blieb ihm hartnäckig auf den Fersen, bis er an einen Schupo beamten kam. Diesem vertraute er sich an, und R wurde festgenommen.

Er wird wegen Warenbetruges und Urkundenfälschung dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

„Landesverrat“, so lautet das Thema der Aussprache, die der Deutsche Republikanische Reichsbund, Ortsgruppe Berlin, am Dienstag, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, im Saal des Demokratischen Klubhauses, Viktoriastr. 24, veranstaltet. Referent ist Reichsminister a. D. Dr. Landsberg, M. d. R., ausherrnd werden sprechen: Reichsminister a. D. Dr. Bell, M. d. R., Rechtsanwalt Dr. Gliermann, M. d. R., Referendar Hellmuth Jäger, Redakteur Dr. Wisch, anschließend gefälliges Beisammensein Gäste willkommen! Geschäftsstelle: Bernburger Straße 18, III (Telephon: Kurfürst 5490).

gesehen und § 186 des Reichsstrafgesetzbuches erhoben. Am Dienstag, dem 11. Juni, stand vor dem Schöffengericht in Stendal Termin gegen Hasselbacher an, der Angeklagte war jedoch nicht erschienen. Das Gericht hat hierauf gegen Hasselbacher Haftbefehl erlassen.

## Fünf jugendliche Autodiebe.

### Hundert Privatautos von der Straße weggefahren.

Den Ruhm, über hundert Privatautos, die unbeaufsichtigt auf der Straße standen, gestohlen zu haben, hatte das Haupt einer Bande von halbwegsigen, 18- bis 19jährigen Burschen für sich in Anspruch genommen.

Als er sich jetzt vor dem Schöffengericht Schöneberg mit seinen Spiegelfellen zu verantworten hatte, schränkte der Filmvorführungsgehilfe Karl Wesselowski diesen Rekord aber dahin ein, daß ihm mehr Fälle als das Dupend etwa, das die Anklage festgestellt hatte, nicht nachgewiesen werden können. Vier weitere Angeklagte hatten einfach Privatautos bestiegen und waren davon gefahren; solange der Benzinvorrat reichte, fuhrten sie in Berlin umher. Dann ließen sie das Auto stehen, um ein neues auszugreifen. Unterwegs wurden Zuhörstühle und Decken, die sich in den Wagen befanden, zu Geld gemacht. Als Kapaziere fuhrten die jungen Burschen vor Tanzlokale vor und luden sich Mädchen zur Mitfahrt ein. Um das vornehme Leben fortzuführen zu können, erbrachen sie mit Nachschlüssel Fernsprechaufnahmen und herausdienten sie ihres Inhalts. Einer von ihnen war im Besitz eines Schlüssels. Wenn der Schlüssel nicht paßte, rissen sie den Gehäusen einfach ab und erbrachen ihn unterwegs auf der Fahrt. Die Arbeit verrichteten sie in der Weise, daß sie mit ihrem eleganten Auto vor Lokale vorfuhrten, und daß zwei von ihnen hineingingen, um ein Gespräch in der Zelle zu führen. Auf diese Weise schlopfte niemand gegen die „vornehmen“ Gäste Verdacht.

Sämtliche Angeklagten sind vor kurzer Zeit wegen Bandendiebstahls bereits vorbestraft worden. Die Bewährungsstrafen, die sie damals erhalten hatten, wurden jetzt vom Gericht widerrufen. Wesselowski erhielt als Hauptführer eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, ein weiterer Angeklagter 1 Jahr Gefängnis, zwei wurden zu je 9 Monaten und der fünfte zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Selbstmord eines Polizeimajors.

Gestern hat der 49jährige Polizeimajor Poltschn, der an der höheren Polizeischule in Eiche als Lehrer tätig war, Selbstmord durch Erschießen verübt. Der Major wurde im Arbeitszimmer seiner Wohnung in Potsdam, Deneckestraße 11, mit einem Schießenschuß, den er sich aus seinem Dienstrevolver beigebracht hat, von seiner Wirtschafterin tot aufgefunden. Major Poltschn lebte seit zwei Jahren von seiner Frau getrennt. Einer Scheidung sah er fortwährend Schwierigkeiten in den Weg. Es wird deshalb vermutet, daß P., des ewigen Streites überdrüssig, in einem Anfall von Schwermut zur Waffe gegriffen hat.

König Fuads Besuch in Berlin. Der König von Ägypten legte gestern nachmittag am Ehrenmal des Zeughauses einen Kranz zu Ehren der deutschen Gefallenen des Weltkrieges nieder, besuchte dann die Staatliche Porzellanmanufaktur und war abends im Reichstanzlerpalais Gast der Reichsregierung.

# Funkwinkel.

Schnappschüsse — so lautet der Titel des Abendprogramms — bedeuten Momentaufnahmen. Darüber klärt Alfred Braun den Hörer auf und berührt nicht neugierige erregte Nerven. Es handelt sich also um Augenblicksbilder, Skizzen, Impressionen. Der englische Schriftsteller Jack Heller verliert ein paar dieser Sätze, und die Einstellung auf den Moment geht sogar so weit, daß er in dem ersten nur in einzelnen Worten und nicht in Sätzen sprechen läßt. Jedenfalls versteht Heller, gut zu pointieren, hat ausgeprägten Sinn für wirksame und prägnante Situationen. Reizend, wenn auch etwas hergebrocht, ist der Steich „Hilfe, Einbrecher!“ von Richard Wilde, der allerdings eher eine einzige Situation breit ausmalte, als daß er zusammenballt und aneinanderreißt. Die Aufzählung mit dem prächtigen Paul Gröb ist sehr amüsan. Nach langer Zeit endlich wirklich ein netter unterhaltender Abend. Offiziell erinnert die Funkrunde am Nachmittag durch ein Schallplattenkonzert noch einmal an das Gastspiel der Italiener. Man spielt allerdings dieselben Platten, die in letzter Zeit öfters zu Gehör gebracht wurden. Trotzdem hört man Stimmen wie die Gasts oder Bertles immer wieder gerne. Walter Schrenk spricht anlässlich des 65. Geburtstages von Richard Strauß über das dramatische Werk des Komponisten. Keine kritische Lobeshymne, sondern der Versuch einer objektiven Wertung und Analyse. F. S.



# Die Republikaner sind wach!

## Weihe eines Ebert-Brunnens in Zehdenik.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat in Zehdenik mit Unterstützung der republikanischen Verbände einen Springbrunnen errichtet, der eine Bronzeplatte mit dem Bildnis des Reichspräsidenten Ebert trägt. Diese vom Regierungsbaumeister Rohr geschmackvoll geschaffene Erinnerungssäule wurde am Sonntag mit einer weihedollen Feier der Stadt Zehdenik vom Reichsbanner übergeben. Aus der Stadt und den umliegenden Dörfern war die Bevölkerung zu Tausenden, von Berlin waren Reichsbannerkameraden auf sechs großen Lastwagen zur Feier herbeigezogen. Auch der republikanische Motorradklub beteiligte sich an der Feier. Auf 60 Motorrädern waren die Kameraden nach Zehdenik gefahren. Als der Festzug sich formierte, umfäumten Tausende die Straßen und marschierten zu beiden Seiten des Zuges mit. Viele Geschäftshäuser und alle Behörden hatten geflaggt. Am Marktplatz begrüßte Oberbürgermeister Thura die Festteilnehmer und marschierte dann mit seinen Beamten an der Spitze des Zuges zum Festplatz. Der Ebert-Brunnen steht inmitten einer herrlichen Grünanlage. Als der Festzug am Denkmal eintraf, waren die Straßen ringsherum schon von der Menge besetzt. Nach einem Gesangsvortrag der Zehdeniker Schulfrauen vollzog Genosse Arno Scholz mit einer Gedendrede an den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert die Weihe des Denkmals. Friedrich Eberts Werk wird in seiner Größe erst heute erkannt. In Friedrich Eberts Geiste arbeitet das Reichsbanner, wenn es alle Kräfte für den Ausbau der Republik zu einem sozialen Volksstaat einsetzt, in der nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Gleichberechtigung garantiert ist. Der Ortsvereinsvorsitzende Hilgert übergab dem Oberbürgermeister den Brunnen, der ihn mit den Worten übernahm: Wir denken nicht nur an Friedrich Ebert, wir danken ihm auch für sein Werk. Er sei allen ein Vorbild.

Mit einer Ansprache eines Vertreters des Regierungspräsidenten von Potsdam schloß die Kundgebung.

## Das Reichsbanner läßt sich nicht ärgern!

In dem ufermännlichen Dörfchen Heinersdorf bei Schwedt befehlt seit über einem Jahr eine Ortsgruppe des Reichsbanners; eine kleine Schar hat sich zusammengesetzt und sich für die Republik mit Opfermut und Zähigkeit. Seit der Gründung der Ortsgruppe ist den Gegnern kein Mittel zu schlecht, um die Ausbreitung aufzuhalten. Es wurden die Führer verurteilt, die

Kameraden gemahregelt, aber „fogar“ Freibier und der scharfe Druck für den Stahlhelm brachten keinen Rückgang, sondern eine Zunahme der Bewegung. Innerhalb eines Jahres war es gelungen, die Mittel für ein neues Banner zusammenzusparen. Am 2. Juni wurde es würdig bei reger Anteilnahme der Ortsgruppen aus der Umgegend geweiht. Die Heinersdorfer Kameraden hatten alles getan, um den Gästen einige angenehme Stunden zu bereiten. Vor allem war der Festplatz schön geputzt und eine Rednertribüne aufgebaut worden. Die Heinersdorfer Kameraden freuten sich über die Arbeit. Aber es sollte anders kommen, sie hatten ihre Rechnung ohne den Gutsbesitzer gemacht. Neben dem Festplatz ist ein Dorsteich, im Volksmund Jauchkute genannt. Am Rande dieser Jauchkute liegen seit über 100 Jahren große, dreieckige, lantige Steine. Am Sonnabendnachmittag kamen nun plötzlich mehrere Arbeiter mit Pferden und Ketten, die Steine wurden mit Ketten umspannt und auf den Festplatz geschleift. Ueber 40 Steine wurden kreuz und quer hingelagt. Der Festplatz gehört der Gemeinde, auf ihm steht auch das Denkmal der im Kriege Gefallenen; selbst vor dem Gittertor wurden die größten der Klamotten hin-belanciert. Sollte man den Kameraden Steine in den Weg werfen, damit diese den für die Gefallenen gestifteten Kranz nicht niederlegen können?

Die Kameraden sagten: „Der Herr Gutsbesitzer ist doch sehr auf das Reichsbanner bedacht; ein Teil der Kameraden hat einen weiten Marsch hinter sich, und nun wollte der Herr Gutsbesitzer für die Ermüdeten eine Sitzgelegenheit schaffen, deshalb die Steine! — Nicht um uns zu ärgern, sondern aus Mitleid!“ — Herin-gefallen, Herr Gutsbesitzer!

## Straßenfundgebungen des Reichsbanners.

Seit der Aufhebung des Demonstrationsverbotes zeigte sich gestern abend zum erstenmal wieder das Reichsbanner in den Straßen Berlins. Die Kreise Süden, Osten und Westen marschierten durch die Stadtbezirke Neukölln, Nichtenberg und Wilmersdorf. In Neukölln trafen sich die Kameraden am Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße und durchzogen die Hauptstraßen Neuköllns und Kreuzbergs bis zum Görlitzer Bahnhof. Ueberall wurde der 1500 Mann starke Zug von der Bevölkerung herzlich begrüßt. Die Kundgebung im Westen schloß am Wittenbergplatz mit einem außerordentlich starken Aufmarsch der Kameraden ab. Die Kundgebungen verliefen ungestört.

## Die Frau mit der Mauerkrone.

### Ein Berliner Stückchen.

Es sind gegenwärtig drei Angelegenheiten, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Berlins in Anspruch nehmen. Das ist einmal die ständig zunehmende Verhässlichung unserer Straßen durch rabidale Abholzung aller Bäume, zweitens das Schicksal des volkstümlichsten Berliner Denkmals, der Berolina, und drittens die drohende Vernichtung eines schönen alten Berliner Baudenkmals, der Kolonnenade in der Leipziger Straße. Wenn die letztere Angelegenheit der Bevölkerung als nicht so sehr wichtig erscheint, so eigentlich nur deshalb, weil jahrzehntelang niemand um dieses Denkmal gekümmert hat und weil man es geduldet hat, daß es verwahrloste und verfiel. Anders aber mit der Berolina.

Die städtische Frau, die unser Berlin verkörpern soll, trägt, was bisher nicht beachtet wurde, eine sogenannte Mauerkrone auf dem Haupt. Das ist das uralte Symbol der freien Stadt im Gegensatz zu der Krone der Fürsten und Könige und Kaiser. Daß dieses Symbol auch heute noch seine große Bedeutung hat, geht daraus hervor, daß die sämtlichen Fahrzeuge der B.B.G. neuerdings nicht nur mit dem Berliner Bärenwappen schlechthin geschmückt werden, sondern daß dieses Wappen wiederum das Symbol der freien Stadt, die Mauerkrone trägt. Es scheint uns demnach keineswegs gleichgültig zu sein, daß das Denkmal, das immer noch als einziges bisher die freie Kommune symbolisiert, lang- und klanglos verschwinden oder talichnähzig irgendwohin gestapelt werden soll, während die Duzende von höchst überflüssigen und gleichgültigen Denkmälern der ebenso gleichgültigen Dynastien unangefastet auf ihren bevorzugten Plätzen bleiben sollen. Mitten in Berlin, auf dem Leipziger Platz, stehen z. B., der Republik und allen Republikanern zum Hohn, die Denkmäler jener Männer, die die 48er republikanische und deutsche Einheitsbewegung in Berlin abwürgen halfen, der Graf Brandenburg und der General Wrangel. Der letztere wurde in einem Flugblatt jener Zeit, das vom Demokratischen Klub und dem Demokratischen Verein der Königsstadt ausging, offen als Volksverräter bezeichnet.

Wären immerhin der Berolina keine sonderlichen künstlerischen Qualitäten innewohnen. Wenn man sie mit dieser Begründung verschwinden lassen wollte, könnten in Berlin Duzende von Kirchen und Denkmälern und Tausende von Häusern verschwinden. Will man sie aber durchaus nicht auf den Alexanderplatz zurückkehren lassen, dann soll man sie, so wie sie ist, auf einem anderen repräsentativen Platz aufstellen, weiterhin allen Berlinern und allen Fremden als Symbol einer großen und freien Stadt. Verschwinden aber könnten wohl endlich und schnellstens vom Leipziger Platz die Herren Wrangel und Brandenburg, verschwinden könnten vielleicht — und mit einigem guten Willen — die pompösen Kaiserkrone von der Brücke am Schiffbauerdamm und ver-

schwinden könnten schließlich eines Tages dann die Gespenster aus der Siegesallee.

Neue Zeiten brauchen neue Symbole, und so steht dem nichts im Wege, daß sich die Stadt Berlin für das alte Unmoderne ein neues Zeitgemähes sucht. Die Künstler und Kunstschaffsteller, die jetzt die alte Berolina verschwinden lassen wollen, sollten Vorschläge machen, wie man eine Stadt wie Berlin in modernen Ausdrucksformen veranschaulicht. Frau Berolina mit der Mauerkrone aber gebührt ein ehrenvoller Platz, nicht in einem Außenbezirk, sondern dort, wo die Berliner selbst zu Hause sind.

## Briefe, die man aus Versehen öffnet.

### Der Cavalier zahlt alles.

Eine angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses lag einer Privatklage zugrunde, die vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung stand. Die Tänzerin Rita Adler-Andersen hatte gegen den Hotelbesitzer Louis Adlon eine Strafanzeige erstattet, weil er Briefe von ihr geöffnet hätte; sie war aber auf den Weg der Privatklage verwiesen worden. Infolgedessen stand jetzt Louis Adlon als Privatbeklagter der Tänzerin gegenüber.

Die Klägerin war für das Hotel als Vortänzerin mit einem sehr langen Vertrag verpflichtet worden. Nebenher stand sie aber, wie auch von beiden Seiten zugegeben wurde, zu dem Beklagten in freundschaftlichen Beziehungen. Es kam dann zu einer Entzweiung. Die Tänzerin behauptet, daß sie plötzlich ohne rechtlichen Grund entlassen worden sei. Die Ursache waren zwei Briefe, die die Klägerin an einen Freund, den sie kurz vorher auf einer Reise in Wien kennengelernt hatte, gerichtet hatte und die wegen ungenauer Adresse an die Absenderin, die im Hotel wohnte, zurückgekommen waren. Diese Briefe hatte Adlon geöffnet und gelesen. Den Inhalt der Briefe hatte er ihr dann vorgehalten und sie Knoll und Fall weggeschickt. Nach der Behauptung der Klägerin soll es aus Mangel über ihre Untreue geschehen sein. Die Klägerin hat nebenher einen Zivilprozeß wegen Schadenersatz angestrengt, ist aber vom Landgericht abgewiesen worden. Der Prozeß schmeißt jedoch noch vor dem Kammergericht. Der Beklagte bestritt, die Briefe absichtlich geöffnet zu haben, es sei aus Versehen geschehen, da sie unter den Briefschaften des Hotels gelegen hätten. Als der Vorklage dann den Vorschlag machte, daß Herr Adlon sein Bedauern über die Deffnung der Briefe ausspreche, die Gerichtskosten und auch die Anwaltskosten, die übrigens nicht unbeträchtlich sind, da die Klägerin sich einen der teuersten Anwälte Berlins genommen hatte, trage, erklärte Herr Adlon mit einer heularen Handbewegung: „Ich unterschreibe alles“, obwohl sein Rechtsbeistand Dr. Adolf Hamburger unter großer Heiterkeit ausrief: „Ich täte es nicht!“ Das Verfahren wurde darauf eingestellt.

## Ein Opfer einer Zelluloidexplosion.

### Kinderarbeit im faschistischen Italien...

Mailand, 11. Juni.

In einer Zelluloidfabrik entstand heute, wahrscheinlich infolge Selbstentzündung, Feuer, das rasch um sich griff. Unter den vielen in den Magazinen beschäftigten Arbeiterinnen und Kindern brach eine Panik aus. Neun Arbeiterinnen wurden schwer verletzt, von den Sanitätsmannschaften erlitten zwei bei der Rettung von Verunglückten schwere Brandwunden. Ein Kind wird vermisst, es dürfte in den Flammen umgekommen sein.

## Zwei Zugkatastrophen.

### Bei Madrid und in Kolumbien (Südamerika).

Ein von Kolla kommender Zug entgleiste infolge falscher Weichenstellung bei der Einfahrt in den Madrider Nordbahnhof. Der dritte Wagen des Zuges wurde völlig zertrümmert. Zwei Reisende waren sofort tot, zwei weitere wurden schwer verletzt. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Am 1. Uhr morgens war die durch den Unfall hervorgerufene Verkehrsstörung beseitigt.

Die „Associated Press“ aus Bogota (Kolumbien) meldet, daß bei Javier ein Eisenbahnzug der Girardot-Linie entgleist. Vier Personen wurden getötet, 25 verletzt. Da das Unglück auf übermäßige Geschwindigkeit beim Passieren einer gefährlichen Stelle der Strecke zurückgeführt wird, wurde eine behördliche Untersuchung eingeleitet.

## „Sverige“ zweimal umgekehrt.

Reykjavik, 11. Juni.

Das schwedische Transozeanflugzeug „Sverige“ startete heute früh um 4 Uhr 10 Min. nach sorgfältiger Prüfung der Wetterverhältnisse zum Weiterfluge nach Island, kehrte aber nach 45 Minuten in den hiesigen Hafen zurück, wahrscheinlich infolge zu schwerer Belastung. Um 6 Uhr 35 Min. stieg die „Sverige“ abermals auf und nahm Kurs auf Island. Sie kehrte jedoch gegen 9 Uhr erneut zurück.

## Und wieder gestartet.

Die „Sverige“ ist kurz nach 16¼ Uhr abermals in Richtung Island gestartet.

## Drei Ertrunkene in Meisen.

Aus Meisen wird gemeldet: Nach den polizeilichen Feststellungen ist nunmehr als sicher anzunehmen, daß das verunglückte Fährboot „Förelle“ außer dem Fährmann von sieben Personen nur Ueberfahrt benutzt worden war. Demnach hat das Fährbootunglück drei Todesopfer gefordert. Die Leichen der beiden Vermissten konnten noch nicht geborgen werden.

**Kunstwissenschaftliche Fahrt nach Dresden.** Das Volksbildungsamt Wilmersdorf veranstaltet bei genügender Beteiligung am Sonntag, 16. Juni, eine kunstwissenschaftliche Fahrt nach Dresden unter Führung des Kunstmalers Ferdinand Krogmann. Neben einer Führung durch die Gemäldegalerie ist die Besichtigung des Zwingers, der Hofkirche, der Frauenkirche, des Palais im Großen Garten und anderes vorgesehen. Die Abfahrt erfolgt am Sonntag, 16. Juni, vom Anhalter Bahnhof mit dem D-Zug 8.01 Uhr, Ankunft in Dresden 11.12 Uhr. Die Rückfahrt abends ebenfalls mit dem D-Zug ab Dresden 19.23 Uhr, Ankunft in Berlin, Anhalter Bahnhof, 22.25 Uhr. Die Teilnehmergebühren sowie der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt einschließlich der D-Zugzuschläge betragen insgesamt nur 13,20 M. Anmeldungen zur Teilnahme an dieser Fahrt unter Einzahlung des gesamten Betrages nimmt das Volksbildungsamt Wilmersdorf, Kaiserallee 1—12 (Stadthaus, Zimmer 15), werktäglich von 8 bis 15 Uhr, bis spätestens 12. Juni entgegen.

**Lunapark-Kabarett.** Auch das Juniprogramm hat unter dem Wettergott allerhand zu leiden. Schade, denn es mühen sich wirklich verschiedene gute Kräfte um das Gelingen eines fröhlichen Kleinstabends. Ina Neubauer singt mit sympathischer Stimme, die Harven Sisters meistern mit Humor und Können allerlei Musikinstrumente, und Carl Stöhr ist ein überaus launiger Schmelldichter. Die Vachmuskeln verleiht das Duo Otto Hoppe-Ferdinand Brüncker in einer wirklich humorigen Gerichts-szene in Bewegung zu versehen. Wenn dann zum Schluß Paul Westermeyer seinen Absteher nach dem Orient macht, um sich dort mit heimischen Weinen und Humor die „arbeitslose“ Dhalise Bick Wertmeister für wenig Geld zu erlösen, bleibt kein Auge trocken. William Berner konteriiert mit lebenswüthiger Witzerei, und eine gute Tanzkapelle sorgt für das notwendige musikalische Geräusch.

**Goldene Hochzeit** feiern heute die langjährigen Abonnennten und eifrigen Leser des „Vormärts“ Schloffer Emil Biegler und seine Ehefrau Ida, geb. Raab, in Berlin N., Kronheimer Str. 7, vom I, im Kreise von Kindern und Enkelkindern.

Im Auftrag des Bezirksamtes Neukölln singt der Freie Männerchor, M. d. M.S.B., am Sonntag, dem 16. Juni, 16 Uhr, im Neuköllner Volkspark, auf dem Platz zwischen Ufer- und Ote-Str.

Läfte der Birken Kräfte die wirken

Dr. Bralle's

Birkenwasser

Preis: RM 2.40 und RM 4.20 • ½ Liter RM 6.80 • ¼ Liter RM 12.—







# Severing antwortet den Kritikern.

## Die Kulturdebatte. — Thyffens Neußerung wird bestritten.

Im Reichstag erklärte zu Beginn der Dienstagssitzung Abg. Klönne (Dnat.) die Wiedergabe der Äußerung Thyffens. „Diese Krise brauche ich jetzt“ usw. durch Abg. Bernhard (Dem.) am 6. Juni sowie die Mitteilung über den Grund der Reise Dr. Böglers von Paris ins Ruhrgebiet für unrichtig. Diese Äußerung sei völlig frei erfunden. An Bernhard liege es, seine Gutgläubigkeit durch Nennung seiner Gewährsmänner zu beweisen. (Abg. Wels (Soz.) fragt in Anbetracht der Abwesenheit des Abg. Bernhard, ob Klönne Bernhard die Abgabe dieser Erklärung vorher mitgeteilt habe. — Klönne schweigt. — Zuruf links: So anständig ist er nicht!)

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Innern und die erste Beratung der Verlängerung des Republiksschutzgesetzes fortgesetzt.

Abg. Bleske (Komm.) spricht gegen die Verfolgung der kommunistischen Jugendbewegung, besonders die Zensurierung eines Jugendweihedbuches, worin sogar der Schluss von Friedrich Engels „Tage der arbeitenden Klassen in England“ und anderes von der Zensur verboten wurde. Weiter bespricht er Mißstände in den Berufsschulen. Der Berliner Sportverein Fichte erhält seine Fahrpreisermäßigung bei Jugendfahrten.

Abg. D. Strathmann (Dnat.) polemisiert gegen die geistige Rede Dr. Moses, dessen Kritik an der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nicht aus wissenschaftlichem Geist erfolgt sei. Das Verlangen, nur „praktische“ Wissenschaft zu fördern, verkenne das Wesen der Wissenschaft. Ebenso wie die Natur, müssen auch die Geisteswissenschaften gefördert werden und in diesen auch die Geschichte des Christentums, mit dem ähneren Kultur aufs tiefste verbunden ist. Die Leitung der Rotgemeinschaft durch Dr. Schmidt-Ditt ist so wertvoll, daß alles abzumelden ist, was seine Arbeitsfreudigkeit beeinträchtigen könnte. Das Verbot des Kampfschritts „Giftgas“ hat so verderbliche Auswirkungen wie „Verbrecher“, „Revolution im Erziehungsraum“ u. a. m. nicht verhindert, von denen ein Strom von eitlichem Nihilismus ausgeht. Ist sich der Reichsunstwarz nicht zu gut, für George Grosz einzutreten in einem Prozeß, der mit Grosz Verurteilung wegen Verbreitung unsittlicher Schriften endete? Von Amerika her empfehlen man die „Kameradschaftslehre“. Was soll da aus unserem Volke werden? Der Minister scheint aber mehr parteipolitisch als an diesen großen Fragen interessiert zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Uppers (Hann.) verbreitet sich über das Verhältnis der Länder zum Reich und tritt für die Errichtung eines Landes Niederachsen ein, wofür sich auch der Provinziallandtag Hannover ausgesprochen habe.

Abg. Dr. Deffauer (Z.) kritisiert die Kritik des Abg. Dr. Moses an der Rotgemeinschaft nicht zu. Die von Dr. Moses beanstandeten Arbeiten haben von 16 Millionen Reichsmark nur 11.000 Mark in zwei Jahren eingebracht. Auch sachlich geht die Kritik fehl. Die Rotgemeinschaft wirkt auch legerreich durch ihre Unternehmungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

### Reichsinnenminister Severing:

Auf die Frage des Abg. Strathmann, ob ich der Entscheidung des Preussischen Landtages gegen Schund und Schmutz folgen wolle, erwidere ich, daß diese Entscheidung die preussische Regierung zu einer entsprechenden Einwirkung auf die Reichsregierung aufzufordern hat. Eine solche Einwirkung ist aber nicht erfolgt, denn die preussische Regierung ist mit mir der Meinung, daß zur Bekämpfung wirklicher Ausschreitungen die bestehenden Gesetze vollausreichen.

(Sehr gut! links.) Wenn das Stück „Verbrecher“ wirklich eine Verhöhnung des geltenden Rechts und die Verzweiflung an der Rechtspflege äußerte, so würde nicht ein Richterverein seine Mitglieder zum Besuch dieser Aufführung aufgefordert und würden nicht die Juristen und Polizeibeamten bei der heftigen Polizeiwache sich gerade dieses Stück angesehen haben. Das Buch von der „Kameradschaftslehre“ wird gewiß sehr viel gelesen, hat aber gar keine Beehrungen angerichtet, unsere jungen Leute lehnen die Anwendung dieser Lehre ab. Die Worte Strathmanns von einer moralischen Durchschauung des deutschen Volkes muß ich von dieser Stelle mit aller Schärfe zurückweisen. (Beifall links.) Er hat auch kein Recht, das Bestreben der Künstler gegen eine Wiedereinführung der Zensur ein hysterisches Geschrei zu nennen. Mit solchen Worten vergiftet man die Diskussion. (Sehr richtig.) Herrn Strathmann würde ich auch bitten, seine Behauptung zu beweisen, daß meine Amtsführung besonders auf die Stärkung der Position meiner Partei gerichtet sei! (Sehr gut! links.)

Wenn gewünscht wurde, daß die geistige Repräsentation Deutschlands von Preußen auf das Reich übergehen sollte, so hat doch Preußen in seinen Museen, Universitäten, Theatern und Schlössern Mittel dazu, die das Reich nicht besitzt. Auch die mangelnde Stabilität in der Politik ist ein Hindernis dafür.

Seit dem Februar 1919 bis heute hat es 13 Reichsinnenminister, aber nur 3 preussische Kultusminister gegeben.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reich und Preußen auf diesem Gebiet bedeutet natürlich nicht die Hegemonie Preußens, sondern ist ein Versuch der Zusammenarbeit.

Was den „Berechtigungsfall“ anbelangt, so sollten wir zunächst im eigenen Haus anfangen. Bei den Bahndirektoren werde ich versuchen, die hier vertretenen Grundzüge durchzusetzen.

Die Durchführung eines Reichsschutzgesetzes würde 50 bis 60 Millionen Mark kosten, wovon 30 Millionen auf das Reich fallen würden. Woher soll das Reich jetzt diese Mittel nehmen?

Die großen Gehegebetriebe im Herbst — Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik — werden große parteipolitische Gegenstände aufrollen; daneben auch noch ein Reichsschutzgesetz in Angriff nehmen, wäre so ausfichtlos, daß es gar keinen Sinn hätte, es zu tun.

Vor allem aber entscheidet die Kostenfrage in diesen Notjahren.

Die Deutschnationalen behaupten auch, nur durch Gewaltandrohung und -anwendung halte das Reich seinen Befehlstand aufrecht. Haben wir denn die Initiative gegen den Roten Frontkämpferbund oder die Stahlhelme ergriffen, oder war es nicht vielmehr die Hege, dieser Leute gegen die Republik, die uns zur Abwehr zwingt? (Stürmische Zustimmung links.) Sind nicht Erzberger und Rathenau von Organisationen ermordet worden, gegen die das Republiksschutzgesetz nur notwendige Abwehr ist? Würde der Stahlhelm nur den Wehrgedanken im Volke aufrechterhalten wollen, so könnte man vielleicht zweifeln, ob das notwendig ist, es wäre aber kein Grund für die Behörden, gegen ihn vorzugehen. Aber seine Hahngänge gegen die Republik, bald Fortschritt, dann wieder — wenn es brenzlich wird, Piano — zwingen uns zur Abwehr. Seitdem der Jungdeutsche Orden sich von den Gewaltmethoden des Stahlhelms abgewendet (höhnische Zurufe der Nat.-Soz.) kann er vollkommen ungehindert arbeiten. Die Aufforderungen des Stahlhelms zum Sturz des Parlamentarismus werden wir uns nicht gefallen lassen und der Gewalt setzen wir Gewalt entgegen. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Man hat behauptet, daß der Stahlhelm gerade in Rheinland-Westfalen eine besondere Zunahme in der letzten Zeit aufzuweisen hätte;

nichts leichter, als mit den Geldern reicher Industrieller Monumente anzuschaffen und Paraden zu veranstalten!

(Sehr gut! links.) Auf diesen Paraden wird immer angezündet, wenn das Vaterland ruft, würden noch ganz andere Kräfte erscheinen. Nun, in einer wirklich ernstlichen Stunde würden erheblich weniger kommen, als zu solchem Sonntagsklimbim. (Sehr wahr! links.)

Die Fürsorge für die Grenzländer vernachlässigen wir nicht. Wenn wir auch infolge der Finanzlage zunächst nur die Ostpreußenhilfe einstellen konnten, so vertrat das Kabinett doch auch über eine ausgiebige Hilfe für den Baltien und Norden. Der beste Grenzschutz besteht nicht in der Aufstellung von Reichwehrregimenten, sondern darin, eine zurückliegende Grenzbeobachtung zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Der Ton, in dem Abg. Bleske gesprochen hat, war so, daß einem die Diskussion mit ihm freuen kann. (Heiterkeit.) Sachlich kann ich ihm aber nicht entgegenkommen. Er verlangte, daß die Kommunistische Jugendbewegung die gleichen Bezeugungen erhalte, wie die anderen, denn nach dem Gesetz seien alle Deutschen gleichberechtigt. Wie poßt es dazu, daß die Kommunisten beantragen, die Sportbeihilfe des Reiches um 5 Millionen zu erhöhen, das Geld aber nur Arbeiter Sportvereinen zu geben? (Zuruf von den Komm.: Die anderen sollen es sich selbst bezahlen.) Die Leute, die sich in neutralen Sportvereinen oder in der Deutschen Turnerschaft zusammenschließen, unterscheiden sich in materieller Wohlfahrt durchaus nicht von den Mitgliedern der Arbeiter-Sportvereine. (Sehr wahr!) Unterwerfen Sie (zu den Komm.) sich den Bestimmungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendvereine (Gelächter der Komm.), dann erhalten Sie die gleichen Bezeugungen.

Die Herren von der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft müssen selbst unbedachte Kritik ertragen können. Die öffentlichen Erörterungen über die Arbeit der Rotgemeinschaft haben als Antrieb zur Bemühung der Mittel für sie gewirkt. Allerdings wollen wir ein Kontrollorgan schaffen, bestehend aus anerkannten wissenschaftlichen Autoritäten, und eine Verbindung zwischen der Volksovertretung und der Rotgemeinschaft. Das wird wohl auch ein gewisser Schutz für die Rotgemeinschaft sein. Die Selbstverwaltung der Rotgemeinschaft soll in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Die von Frau Dr. Stegmann verlangte Denkschrift über das Impfwesen ist in Arbeit und wird in einigen Wochen vorgelegt werden. Im übrigen bin ich ein Gegner ministerieller Programmen, denn es kommt nicht auf das Versprechen an, sondern darauf, zu tun, was den Förderern der Zeit entspricht und was bei der Finanzlage ausgeführt werden kann. Seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung einmütig so zu handeln entschlossen ist. (Lebh. Beifall der Mehrheit.)

Abg. Joos (Z.) unterstreicht den Ernst des Geburtenrückgangs in Deutschland und verlangt moralische Gegenwirkung. Außerdem hat er als Vater zahlreicher Kinder darüber, daß jedes Jahr neue Schulbücher eingeführt werden, also die längeren Geschwister nicht die Lehrbücher der älteren benutzen können und gerade linderreiche Eltern mit besonders hohen Schulbuchkosten belastet werden.

Abg. Straßer (Natsoz.) spricht gegen das Republiksschutzgesetz. Abg. Frau Dr. Mah (D. Ap.) hebt die gesundheitliche Bedeutung der Leibesübungen hervor und bespricht das Auswanderungswesen.

Abg. Sparrer (Dem.) bespricht die Frage des Einheitsstaates, demzufolge man aber den Ländern auch nicht alle Rechte nehmen könne.

### Auseinandersetzung Bernhard — Klönne.

Abg. Bernhard (Dem.) erwidert auf die Erklärung des Abg. Klönne vom Sitzungsbeginn: Herr Klönne hat mich über seine Erklärung nicht vorher unterrichten lassen, ich hätte sonst sofort erwidern können. Herr Klönne hat zugegeben, daß beim Frühstück auf der Villa Hügel über die Möglichkeit einer Reparationskrise gesprochen worden ist und daß Dr. Schacht Herrn Thyffens die schweren

Folgen davon geschildert hat; jedoch soll — nach Herrn Klönne — Dr. Thyffens nicht gesagt haben: „Diese Krise brauche ich jetzt“.

Ich halte meine Angaben in vollem Umfang aufrecht.

Bereits mehrere Tage vor meiner Rede am 6. J. M. habe ich die Äußerung Thyffens in der „Vossischen Zeitung“ berichtet. Dr. Thyffens hat aber bisher sich nicht dazu geäußert, sondern sich der Immunität des Abg. Klönne bedient, der sich zum Sprachrohr persönlicher Verdächtigung gemacht hat. Wünscht Dr. Thyffens Klarheit, so kann er die „Voss. Zig.“ verklagen, und dann werde ich von meiner Immunität keinen Gebrauch machen, oder kann mutig öffentlich die Behauptungen seines immunen Mandatars wiederholen, dann werde ich ihn verklagen. In beiden Fällen wird durch die eidliche Vernehmung der Teilnehmer an den Essener Zusammenkünften die Wahrheit festgestellt werden — jedenfalls besser, als durch die einseitige Erklärung eines Abgeordneten, der die — von mir gar nicht angegriffene — Ehre der Schwerindustrie höher stellt, als die Ehre der Mitglieder dieses Hauses.

Abg. Klönne (Dnat.) behauptet, Bernhard verziehe die Sache. Er, Dr. Klönne, habe Bernhard schwere Schädigung der deutschen Interessen vorgeworfen (Stürmische Rufe links: Hugenberg!) und Bernhard Gelegenheit gegeben, sich von diesem Vorwurf zu reinigen. Bernhard habe diese Gelegenheit jedoch nicht benutzt.

Abg. Bernhard (Dem.): Ich habe diese Gelegenheit so benutzt, wie ich es für nötig gehalten habe. Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe. Ob Klönne und Hugenberg mich für einen Schädiger des Vaterlandes halten oder nicht, ist mir vollkommen gleichgültig. Präsident Löber: Abg. Klönne zur persönlichen Bemerkung — (Abg. Klönne: Ich verzichte!)

Um 7¼ Uhr wird die Weiterberatung auf heute Mittwoch 11 Uhr vertagt.

### Aus den Reichstagsausschüssen.

Der Geschäftsordnungsausschuss beschäftigte sich am Dienstag mit Genehmigungen von Strafverfahren u. a. wurde mit Mehrheit beschlossen, in sechs bis sieben Fällen die Vorführung und Verhaftung des nationalsozialistischen Abg. Straßer zu genehmigen, der in Berchtesgarden, die wegen Beleidigung durch die Presse angezettelt waren, unentschuldig ausgeblieben ist.

Der handelspolitische Ausschuss wollte sich am Dienstag mit den Anträgen auf Erhöhung der Mehl- und Fleischzölle, der Getreide- und Futtermittelzölle, des Butter- und Kartoffelzolls beschäftigen. Da aber gegenwärtig auch die Beratungen des von der Reichsregierung berufenen Sachverständigenausschusses stattfinden, so vertagte sich der Ausschuss für Handelspolitik, bis Vorschläge der Sachverständigen vorliegen. Der handelspolitische Ausschuss dürfte daher erst Ende dieses Monats über die Zölle beraten.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss, der die Belieferung der Wirtschaftszentren den genossenschaftlichen Zentralverbänden mit Kohlen behandelt, nahm folgende Anträge nach längerer Aussprache an: Zunächst wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der dem § 63 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz folgende Fassung gibt: „Der Reichskohlenverband sorgt dafür, daß die Vereinigung der Verbrauchergenossenschaften die von ihnen benötigten Mengen zu den gleichen Preisen und Lieferungsbedingungen erhalten wie der Handel; die Einhaltung von Mindestpreisen dürfen ihnen nicht auferlegt werden.“ Alsdann wurde noch folgender Zentrumsantrag angenommen: „Die Reichsregierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß 1. den Wirtschaftszentren der genossenschaftlichen Zentralverbände von den Syndikaten der Kohlenwirtschaft die Mengen an Steinkohlen und Braunkohlenbritetts zugewiesen werden, die zur Deckung des eigenen Bedarfs der angeschlossenen Genossenschaften erforderlich sind, sofern nicht durch Minderproduktion eine Kürzung erfolgen muß; 2. daß die Gleichstellung der genannten Wirtschaftszentren mit dem privaten Großhandel restlos durchgeführt und denselben für ihre Bezüge an Stein- und Braunkohlenbritetts für gewerbliche Zwecke der Industriepreis eingeräumt wird.“

### 11. August Feiertag in Hessen. Deutsche Volkspartei stimmt dagegen.

Darmstadt, 11. Juni (Eigenbericht). Der Gesetzgebungsausschuss des Hessischen Landtages hat mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und des Landbundes folgenden Beschlusses der hessischen Regierung angenommen:

Artikel 1. Der Befestigungstag (11. August) ist staatlich anerkannter Feiertag und Festtag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung sowie der sonstigen reichs- und landesrechtlichen Vorschriften. Artikel 2. Am Befestigungstage sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsforsten zu besetzen. In allen Schulen sind für Lehrer und Schüler verbindliche, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten. Fällt der Befestigungstag in die Schulkferien, so finden diese Gedenkfeiern frühestens acht Tage vor Schluß oder spätestens 14 Tage nach Wiederbeginn des Unterrichts statt. Artikel 3. Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Strumpf-Fabrikanten und Strumpf-Geschäfte raten Ihnen:

Waschen Sie kunstseidene Strümpfe mit den milden

**LUX SEIFENFLOCKEN**  
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM



**BEMBERG**  
Seidenerzeuger  
**HERMANN METZGER**  
Strumpffabrikant in Chemnitz  
**BRINITZER**  
das grosse Hamburger Strumpfhaus  
**STRUMPF-EULITZ**  
das grosse Leipziger Kaufhaus



# Jubiläumstagung Gas und Wasser

## Noch keine Entgiftung des Gases. — Politik billiger Tarife.

Drei Tage lang sind gegenwärtig in Berlin Delegierte des Deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner und etwa 250 ausländische Delegierte zur Distiktion der Zukunftsaufgaben des Gas- und Wasserfaches vereinigt. Die Tagung des Verbandes ist eine Jubiläumstagung zum 70jährigen Bestehen und gleichzeitig auch ein Jubiläum des ältesten, früher auch wichtigsten Teiles der kommunalen öffentlichen Wirtschaft. Die Kämpfe um die Organisation einer Ferngaswirtschaft, die immer stärker zu einem Kampf zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft werden, sicherten den Tagungen des Verbandes im letzten Jahr das steigende Interesse der Öffentlichkeit. Die Vorträge der Jubiläumstagung gaben im Zusammenhang mit der großen gegenwärtigen Berliner Ausstellung einen deutlichen Einblick in die Probleme.

Entwicklung und Bedeutung der Gaswirtschaft umriss Oberbaudirektor Dr. Ludwig von der Berliner Städtische Gaswerke A.-G. Seit 1859 ist im Laufe von 70 Jahren in Deutschland der Gasverbrauch von 45 auf 3660 Millionen Kubikmeter gestiegen; 128 Millionen Mark Arbeiterlöhne werden in den an sich nicht arbeitsintensiven deutschen Gaswerken gegenwärtig ausgezahlt. Die Zukunft der Gaswirtschaft liegt nicht mehr im Leichtzweig, sondern auf dem Gebiet der Wärmezeugung für Haus und Industrie. Die Verbesserung in dieser Richtung mache die Technik der zweckmäßigen Verteilung, den Kundendienst und die Verbesserung der häuslichen und gewerblichen Gasgeräte zu wichtigen Zukunftsaufgaben.

Die Braunkohlenverfeinerung und ihre praktische Durchführung in der Gewerkschaft Friedrich und der Braunkohlenschmelzwerk Hessens-Frankfurt a. M. A.-G., von der man trotz vorübergehender Verluste immer noch einen vollen Erfolg erwartet, behandelte ein Betriebsdirektor dieser Gesellschaft. Das Ziel ist die völlige Veredelung der Braunkohle in einem Betriebsprozess, wobei Teer, das Hauptprodukt und die Verwertung der Teer-erzeugung mit der Erzeugung elektrischer Kraft charakteristisch seien. Nebenprodukte sind Schmelzgas für Heizzwecke und eventuell zur Gasverfeinerung, Benzol und Grudelöle. Es ist bekannt, daß mehrere privatkapitalistische Unternehmungen, darunter auch die A.G., bei ähnlichen Versuchen zunächst erhebliche Verluste zu verzeichnen hatten und es wäre zu wünschen, daß die Versuche Hessens und der Stadt Frankfurt endgültig erfolgreich wären.

Die sehr wichtige Frage der Entgiftung des Gases wurde von Dr. Kemmer von den Berliner Städtischen Gaswerken behandelt. Eine interessante Statistik der Berliner Gaswerke zeigt, daß in Groß-Berlin im Jahre 1927 bei Tötungen durch Un-

glücksfälle von rund 1800 Tötungen 122 durch Einatmen von Leucht- und Kochgas erfolgten, und daß von insgesamt 1535 Selbstmorden 589 durch den Gaseid erfolgten. Natürlich, daß angesichts so hoher Prozentsätze die Entgiftung des Gases ein ernstes Problem ist. Die Entgiftung des Gases sei technisch nun zwar durch Verflüssigung des giftigen Kohlenoxyds möglich, die wirtschaftliche Lösung des Problems erfordere aber noch sehr umfangreiche und kostspielige Versuche, so daß man sich über die praktische Durchführbarkeit der Entgiftung zunächst noch keine Illusionen machen dürfe.

Die Frage des Gaspreises, der Gastarife und ihres Zusammenhangs mit der Absatzsteigerung behandelte der in den Fachkreisen sehr geschätzte Direktor Dr. Rabling von Stuttgart. Die heutigen Durchschnittserlöse pro Kubikmeter schwanken zwischen 9,2 Pf. in Gedelsberg und 34,2 Pf. in Wollin. Die Schwankungen sind also sehr beträchtlich. Berücksichtigt man aber nicht die Zahl der Gaswerke, sondern die abgegebene Gasmenge, so kommt man zu einem Durchschnittserlös von 15 bis 18 Pf. je Kubikmeter. Je kleiner die Gaswerke, desto schlimmer für den Konsumenten. Das sei die Lehre. Der Grundgebührentarif (für die festen Kosten) neben dem Arbeitstarif sei heute bei 66 Prozent der Gaswerke eingeführt. Die Senkung der Gaspreise müsse nach dem Grundsatz steigender Umsatz und kleinerer Nutzen das Ziel sein. Die finanziellen Abgaben der Werke an die Kommunen seien in dem Sinne eine Gefahr, als sie die Ausdehnung des Gasverbrauches und der bequemeren Holz- und Wärmewirtschaft behindert.

Die katastrophale Kälte dieses Winters hat die Frage, wie Rohrbrüche und Gasentweichungen verhindert werden können — behandelt von Direktor Schäfer-Ingolstadt —, wieder aktuell gemacht. Neben sorgfältiger Rohrverlegung Verwendung geeigneten Materials und der planmäßigen Prüfung der Leitungen auf Dichtigkeit und Sicherheit sei die dauernde Information aller Interessenten, die den Straßentörper nebeneinander zur Leitungsführung benötigen, erforderlich. (Unerledigte „Grundbücher.“) Nur wenn jedem Interessenten das Ausmaß und das Bild der unterirdischen Straßeneinrichtung durch andere bekannt sei, könnten jene Bodenverlagerungen vermieden werden, die oft die Ursache für Gasentweichungen seien.

Der dritte Tag der Tagung ist insbesondere wasserwirtschaftlichen Fragen gewidmet, die für die Versorgung der Großstädterbevölkerung heute von immer größerer Bedeutung werden.

# Berlin-Gubener Hutkonzern.

## In fünf Jahren 130 Proz. des Kapitals verdient.

Die Klagen der deutschen Hutindustriellen über die wachsende Verteuerung der Arbeit und ihre schweren Opfer beim Export stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Blüte dieser Industrie. So kann die Berlin-Gubener Hutfabrik A.-G., der stärkste Hutkonzern in Deutschland, für das Betriebsjahr 1928 wieder 16 Proz. Dividende wie in den beiden Vorjahren zahlen und hält sich mit seiner Rentabilität nach wie vor an der Spitze der gesamten deutschen Textilindustrie.

Die Gewinne, die dieses Unternehmen seit der Stabilisierung der Mark in den letzten fünf Jahren erzielt, kommen aber in den Dividenden nur sehr unvollkommen zum Ausdruck. Seit 1924 wurden Jahr für Jahr von dem ausgewiesenen Reingewinn Rückstellungen für Sonderabschreibungen, Sonderreserven und sonstige Fonds vorgenommen, die insgesamt mindestens 1,33 Millionen ausmachen. Das Unternehmen hat in den letzten fünf Jahren nur an dem in der Bilanz ausgewiesenen Reingewinn gemessen, der vorweg schon durch geheime Abschreibungen gekürzt ist, rund 130 Proz. seines gesamten Kapitals von 6,2 Millionen verdient. Dieser Ertrag entspräche einer jährlichen Durchschnittsdividende von 26 Prozent.

Außerdem war die Gesellschaft in der Lage, die gesamten Kosten für die Umstellung der Werke und Erneuerung des Maschinenparks aus laufenden Gewinnen „über Betrieb“ zu bezahlen. Auch der im Jahre 1925 ausdrücklich zur Finanzierung der Betriebsumstellung eingerichtete Dispositionsfonds, der aus zurückgestellten Gewinnen bis auf 500 000 M. aufgefüllt wurde, brauchte mit keinem Pfennig in Anspruch genommen zu werden. Weiterhin ist der gesamte Maschinenpark, der vor der Rationalisierung der Betriebe im Jahre 1924 mit 1,17 Mill. M. bewertet wurde, jetzt trotz des bedeutenden Wertzuwachses durch die neuen Maschinen bis auf eine Mark heruntergeschrieben worden, so daß auch an dieser Stelle eine sehr fruchtige Polsterung vorgenommen wurde.

Die Direktion dieses blühenden Unternehmens hätte also alle Ursache, in die üblichen Unternehmerklagen über die soziale Belastung und Lohnhöhe nicht mit einzustimmen. Da sie dies aber in ihrem sonst sehr dürftigen Geschäftsbericht sehr ausgiebig befragt, wird sie sich auch nicht wundern können, wenn ihre 3500 Mann starke Belegschaft ihr durch kräftigste Wahrung ihres Klasseninteresses die entsprechende Antwort gibt.

## Gute Konjunktur bei Harpen.

### Feierschichten nicht mehr notwendig.

Die Harpener Bergbau A.-G., das größte reine Zechenunternehmen in Deutschland, hat in der gestrigen Generalversammlung die Heraussetzung des Aktienkapitals um 10 auf 110,3 Millionen Mark beschlossen.

In seinem Geschäftsbericht für 1928, der im April veröffentlicht wurde, hat die Gesellschaft die Lage des Ruhrbergbaus schwarz in schwarz gemalt und die Dividendenzahlung demonstriert ausfallen lassen. Sehr war von der Verwaltung schon eine andere Tonart zu vernehmen. So erklärte der Leiter des Konzerns, Generaldirektor Fiedler, daß die Zechen zurzeit so gut zu tun hätten, daß keine Feierschichten mehr eingelegt zu werden brauchen.

Die allgemeine gegenwärtige Lage im Bergbau sei günstiger zu beurteilen als zu gleicher Zeit des Vorjahres. Berücksichtigt man hierbei, daß die Konjunktur im deutschen Bergbau im Frühjahr 1928 noch verhältnismäßig stark war und erst an einigen Stellen abbröckelte, so kann man demnach gegenwärtig von einer recht kräftigen Rohstoffkonjunktur in Deutschland sprechen.

**Mißstände im Kreditwesen.** Die Hermes-Kreditversicherungsbank A.-G. Berlin macht in ihrem Geschäftsbericht für 1928 beachtenswerte Ausführungen über die im Kreditwesen eingerissenen Mißstände. Zunächst weist der Vorstandsbericht darauf hin, daß viele Zusammenbrüche und Zahlungseinstellungen privater Unternehmungen in der letzten Depressionszeit durch die eigene Schuld der Unternehmer entstanden sind. Viele Firmen hätten es nicht verstanden, ihre auf großen Umsatz eingestellten Betriebe rechtzeitig den Erfordernissen der ablaufenden Konjunktur anzupassen, so daß schwere Verschuldung die Folge war. Auch sei der alte kaufmännische Grundsatz von Treu und Glauben vielfach in bedenklicher Weise ins Bankrot geraten, was sich in jahrelang falsch aufgemachten Bilanzen und der Herunterwirtschaftung alter Unternehmungen zeige. Besonders sei darauf hinzuweisen, daß die höchst gefährlichen Gefälligkeitswechsel in der letzten Zeit einen bedauerlichen Umfang angenommen hätten. Die Überspannung des Warenkredits habe dazu geführt, daß die Verkäufer Bankiers ihrer Kunden geworden seien, ohne jedoch die Vorsichtsmahregel eines Bankiers zur Sicherung des Kredites anzuwenden. — Das Unternehmen zahlt aus einem Reingewinn von 0,42 gegen 0,35 Millionen Mark wieder 12 Proz. Dividende wie im Vorjahr.

**Das Treiben gegen den Sachverständigenausschuss für die Getreidewirtschaft,** der vom Reichskabinett kürzlich eingesetzt worden ist, wird fortgesetzt. Der Sachverständigenausschuss hat in seiner Sitzung am 10. Juni einen Antrag, Mitglieder aus den Kreisen des Getreidehandels und der Mälzerei zuzuwählen, abgelehnt. Daraus haben der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands, der Reichsbund des deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und der Verein deutscher Handelsmüller protestiert. Sie erklären, daß sie zwar die vorgesehene Vernehmung von Sachverständigen aus ihren Kreisen nicht ablehnen werden, daß aber jedes Ergebnis der Ausschussberatung dem Vorwurf der Einseitigkeit begegnen würde. Diesen Interessentenwohl wird werden Reichskabinett und Sachverständigenausschuss wohl mit Würde zu ertragen wissen.

**Das internationale Zinkkartell auf ein Jahr verlängert.** Das europäische Zinkkartell, dessen Vertrag am 30. Juni dieses Jahres abläuft, hat auf der in Paris abgehaltenen Kartellversammlung den Vertrag um ein Jahr verlängert. Die vereinbarte Produktionsbeschränkung wird soweit gemildert, daß bei Ueberföhrten des Zinkpreises von 27 Pfund Sterling (540 M.) die Produktionsbeschränkung fortfällt. Sie tritt jedoch wieder in Kraft, wenn entsprechende Preisrückgänge auf dem Weltzinkmarkt eintreten oder wenn die europäischen Zinkvorräte die 30 000-Tonnen-Grenze überschreiten.

# Elektro-Amerika als Weltmacht.

## Aus Owen Youngs und Pierpont Morgans Werkstoff.

Seit etwa drei Jahren hört man Monat für Monat von neuen Eroberungszügen des amerikanischen Finanzkapitals in der Elektrizitätswirtschaft aller Erdteile. Ueberall kaufen amerikanische Kapitalgruppen Elektrizitätsgesellschaften auf, bald in Argentinien, bald in Brasilien, bald in Peru, bald in Mittelamerika, bald in China. Auch an einer Reihe europäischer Elektrizitätsgesellschaften hat sich amerikanisches Kapital in der letzten Zeit immer stärker beteiligt, vor allem an italienischen, französischen und englischen Gesellschaften.

### In diesen Eroberungszügen liegt ein System.

Es sind nicht irgendwelche Spekulationsgruppen, die sich hier rentable Anlagemotive sichern wollen, sondern es handelt sich um amerikanische Finanzierungsgesellschaften, die durchweg den führenden Unternehmungen der amerikanischen Elektroindustrie sehr nahe stehen. Die Hauptrolle fällt dabei der Electric Bond and Share Co. zu sowie deren Untergesellschaft, der American and Foreign Power Company (Amerikanische und ausländische Kraftgesellschaft). Der Sinn dieser Beeinflussung ist es, der Elektroindustrie der Vereinigten Staaten die zu erwartenden großen Aufträge der ausländischen Elektrizitätsgesellschaften zu sichern.

Die ersten Früchte dieser Eroberungszüge liegen offenbar jetzt schon vor, obwohl die inzwischen verstrichene Zeit noch recht kurz ist und die amerikanischen Erwerbungen eine Politik auf lange Sicht bedeuten. Aber ganz zweifellos hängt es mit der erwähnten Interessenausdehnung bereits zusammen, wenn der amerikanische elektrotechnische Export im ersten Vierteljahr des Jahres 1929 den des Vorjahres um nicht weniger als 40 Proz. übertroffen hat. Während die Vereinigten Staaten in der Zeit vom Januar bis zum März 1928 für 25,5 Millionen Dollar Elektroprodukte ausföhrten, waren es in derselben Zeit dieses Jahres bereits 35,7 Millionen Dollar. Das würde einer Jahresausföhrung von fast genau 600 Millionen Mark entsprechen. Was diese Ziffer bedeutet, wird klar, wenn wir hinzufügen, daß der amerikanische Export elektrischer Maschinen und Apparate im letzten Vorkriegsjahr nur etwa 112 und im Jahre 1925 etwa 350 Millionen Mark betragen hatte.

Nun ist die Lieferung elektrischer Maschinen ein Geschäft, das sich von sonstigen Ausföhrungsgeschäften erheblich unterscheidet. Zur „Elektrifizierung“, d. h. zur Anlage von Kraftwerken und Fernleitungen, zur Umstellung von Eisenbahnen auf elektrischen Betrieb, zur Anlage und Modernisierung von Telefon- und Telegraphenanlagen, zur Umstellung des Telefonwesens auf automatischen Betrieb usw. gehört Kapital, aber das die meisten überseeischen Länder nicht in ausreichendem Maße verfügen. Indem amerikanisches Kapital diese Elektrifizierungsarbeiten finanziert und ermöglicht, sichert es nicht nur der amerikanischen Elektroindustrie die entsprechenden großen Aufträge, sondern verschafft zugleich den Amerikanern zumeist einen dauernden Einfluß auf diese lebenswichtigen Unternehmungen im Ausland.

### Die Großmacht General Electric Company.

Hauptgeschäftlicher Führer und zugleich Kugelhüter dieser Entwicklung ist der größte Elektrokonzern der Vereinigten Staaten, nämlich die amerikanische General Electric Company. Diese Gesellschaft arbeitet mit einem Kapital von 180,3 Millionen Dollar Stammaktien und 42,9 Millionen Dollar Vorzugsaktien, zusammen also über 223 Millionen Dollar oder rund 940 Millionen Mark. Außerdem verfügt der Konzern über einen „Surplus“, d. h. eine Reserve in Höhe von 132,7 und über eine fernere „gesetzliche“ Reserve von fast 84 Millionen Dollar. Das Arbeitskapital der Gesellschaft überschreitet somit bei allem anderthalb Milliarden Mark.

Besonders in der letzten Zeit ist die Steigerung des Auftragsvolumens der General Electric Co. auffallend groß gewesen. Die Aufträge betragen im Jahre 1928 rund 327 Millionen Dollar, sanken 1927 auf 310 und hoben sich 1928 auf fast 354 Millionen Dollar; und während im ersten Vierteljahr 1928 für fast 80 Millionen Dollar Aufträge einliefen, waren es im ersten Vierteljahr 1929 bereits mehr als 101 Millionen Dollar. Ganz offenbar hängt diese vermehrte Beschäftigung bei der General Electric mit der oben von uns genannten Steigerung der amerikanischen Elektroausföhrung aufs engste zusammen.

Dies ist jedoch erst der Anfang der zu erwartenden Entwicklung. Die General Electric beschränkt sich nämlich keineswegs darauf, nur in den Vereinigten Staaten zu fabrizieren, sie verfügt über ein

### großes Netz ausländischer Fabrikationsgesellschaften und Beteiligungen.

deren Umsätze in den genannten Ziffern nicht enthalten sind. So kontrolliert zum Beispiel die General Electric in Frankreich die Thomson-Houston-Gesellschaft, den größten elektrotechnischen Konzern Frankreichs, in England ist sie beteiligt an der Associated Electrical Industries, ebenso auch an der englischen General Electric, d. h. den beiden größten elektrotechnischen Konzernen Englands. In Deutschland verbindet die General Electric ein enges Vertragsverhältnis mit der A.E.G. Ferner ist sie auch an italienischen und japanischen elektrotechnischen Großunternehmungen beteiligt. Und vor kurzem erfolgte der Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrags mit dem Elektrotrost der Union der Sowjetrepubliken. Eine Aufzählung sämtlicher für die amerikanische General Electric in der ganzen Welt arbeitenden Fabrikations- und Vertragsgesellschaften ist fast ein Ding der Unmöglichkeit, denn es handelt sich um eine Liste von nicht weniger als 50 Firmen.

Der Arbeiterzahl nach ist die General Electric etwas kleiner als der Siemens-Konzern, und möglicherweise ist der Siemens-Konzern auch heute noch hinsichtlich seiner Produktion größer als ihr amerikanischer Konkurrent. Andererseits steht hinter der amerikanischen Gesellschaft eine unvergleichlich größere Finanzmacht. Die General Electric ist von jeher mit dem Bankhaus J. P. Morgan u. Co. aufs engste verbunden gewesen. Und für alle Expansionsmaßnahmen der Gesellschaft selbst wie auch der erwähnten großen Finanzierungsgesellschaften stehen Geldmittel in jeder gewünschten Höhe zur Verfügung.

## Hochbetrieb bei den Horchwerken.

Die Horch-Automobilwerke in Zwickau, die schon in den letzten beiden Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen haben, konnten in den ersten sieben Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1928/29 ihre Umsätze um rund 50 Proz. gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres steigern. Diese Entwicklung ist angesichts der durch die Kälte verspätet eingetretenen Frühjahrsjahressaison besonders bemerkenswert. Wie die Verwaltung noch mittelt, hat die Rationalisierung in den letzten Monaten weitere Fortschritte gemacht, so daß mit dem Abbau der teuren Nachschicht begonnen werden konnte. Auch der gegenwärtige Eingang neuer Aufträge ist durchaus befriedigend.

**Fast 6 Milliarden Spareinlagen in Preußen.** Das preußische Staatliche Landesamt meldet für das erste Vierteljahr 1929 eine Zunahme der Spareinlagen um 578,2 Millionen Mark; das ist gegenüber dem letzten Quartal 1928 eine Steigerung um 11 Proz. Die letzte Milliarde ist damit allein für Preußen beinahe erreicht.

**STAATL. FACHINGEN**  
Das Gesundheitswasser!  
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11  
Schönberger Str. 10a. Tel. Lützow 8260-61



## Hans Franck: **Leben**

## Stoffwechselzentrum im Gehirn

(Schluß.)  
Während der Nacht — keine Tochter Daraja war, den Schlaf des Vaters zu hüten, als einzige im Zimmer — beschrieb General P. die Schicksalsblätter, faltete sie, warf sie in die Urne. Gegen Morgen versiegelte er die Urne mit eigener Hand. Nachdem er sich sorgsam vergewissert hatte: „Bier!“  
Eine Stunde später rief den Präsidenten der Schrei: „Einen erschießen! Hört doch: Nur einen!“ aus dem Schlaf. Er stürzte sich hoch. Griff nach seinem Herzen. Sant hintenüber.  
Als die Kerze auf Darajas Kufen aus dem Vorzimmer ans Bett gelassen kamen, konnten sie zum Beginn und zum Beschluß ihrer in sämtliche Windrichtungen auseinanderstrebenden Reden alle nur das gleiche Wort sagen: Tot! —  
Nicht am Mittag dieses Tages, wie General P. bestimmt hatte, wohl aber eine Woche später, fand die Auslösung des einen Verschwörers statt, der den tödlichen Dolchstoß durch den Verlust seines Lebens hindern sollte. Vor der Wand des Gerichtgebäudes war eine Tribüne errichtet, welche Soldaten von dem Volk abtrennten, das vierhundertköpfig auf dem Marktplatz wogte.  
Nach Verkündigung der letztwilligen Verfügung des einem furchtbaren Verbrechen zum Opfer gefallenen Präsidenten trat der Älteste der Verschwörer an die Urne, deren Staatsiegel vor der Öffnung von sämtlichen Amtspersonen auf der Tribüne untadelig befunden wurde, zog sein Los, gab das Blatt dem obersten Richter; der entfaltete es und rief über den Markt hinweg: „Leben!“ Der Zweitälteste zog —: „Leben!“ Der dritte —: „Leben!“ So war das Urteil gefallen. Für den Jüngsten lautete es: „Todi!“ Man bedeutete ihm, daß er zu der Urne gehe und sich von dem letzten darin befindlichen Blatt bestätigen lasse, was er, was jeder seiner Richter, was das Volk wisse: Todi! Carriazzo — so hieß der jüngste der Verschwörer — blieb stehen, schüttelte den Kopf: Wozu noch leben, was er gleich allen wußte? Damit sein unabänderliches Schicksal sich schnell erfülle, winkte er den Soldaten, daß sie zur Tribüne heraufstiegen und an ihm vollbrachten, was man ihnen befohlen.  
Aber im selben Augenblick, da er freien Willens zur Wand schreiben wollte, vor der es galt, als Bestes den Satz: „Es lebe die Freiheit!“ auszurufen, rief aus der Menge heraus eine Frauenstimme: „Ziehen!“ Und während diese Frauenstimme — süßwunderschön wie sonnengelächelte Wägenflügel — sich aufschwang, höher, immer höher stieg, im Blau verschwand, in die Himmelsbelle einging, rief in Carriazzo, dem todgewillten, jede Faser: „Leben!“ Obwohl es unsinnig war — denn Tod, noch und noch Tod enthielt sie für ihn — ging er doch auf die Urne zu, griff hinein, rief das letzte Blatt heraus, entfaltete es, und zur selben Sekunde jauchzte sein Mund: „Leben!“ Er ließ mit dem Blatt zum obersten Richter. Der mußte bestätigen: Leben! Die anderen Richter stellten fest: Leben! Alle auf der Tribüne, zuletzt die drei Mitverschwörer, stellten fest, bestätigten, jauchzten: Leben! Man prüfte die Urne — leer! Man prüfte die Blätter der anderen drei Verschwörer — Leben! Von der Hand des toten Präsidenten geschrieben: Leben!  
Also hatte General P. in der Todennacht seinen Willen geändert

und als letztes Wort aus seinem Sterbezimmer das Gnadenwort Leben hervorgehen lassen? Aber wann je hätte General P. seinen Willen vermerkt? Nichts blieb nur die Erklärung: Betrug? Aber das Staatsiegel war — Dukende von Augen hatten es festgestellt — unversehrt gewesen! Da erinnerte man sich, daß jemand in der Menge, als der Jüngste sich weigerte, an die Urne zu treten, „Ziehen!“ gerufen hatte. Aus wessen Mund kam diese Stimme? Die Auserwählte — denn aus einem Frauenmund war sie hervorgegangen — konnte das Rätsel lösen. Sie allein! Wer hatte „Ziehen!“ gerufen? Wer?  
So stand bald hernach neben dem jüngsten der Verschwörer — Angeklagte und Verteidigerin zugleich — Daraja auf der Tribüne und bekannte: Während des Schreibens habe ihr Vater sie plötzlich gefragt, wieviel Blätter schon in der Urne lägen. Drei wären es gewesen. Sie habe jedoch „Zwei!“ antworten müssen. Vor einer Woche hätte sie nicht gewußt, warum sie gegen ihren Willen handele. Seit ihrem Schrei über die Köpfe der Menge hin aber wisse sie um den geheimen Sinn ihres Tuns. Nicht: Todi! sei der Sinn des Lebens, sondern: Leben! Als ihr Vater — wie sie nun erkenne: vor Erschöpfung, nicht, wie sie in der Nacht geglaubt: vor Müdigkeit — eingeschlagen sei, habe sie eines der fünf Blätter, das, auf welchem von seiner Hand „Todi!“ gestanden hätte, aus der Urne genommen und vernichtet. Der Himmel sei mit ihr im Bunde gewesen. Am Morgen vor der Versiegelung habe der Vater nur gezögert: Bier! ohne die Blätter zu entfallen. Darum habe sie, als der Jüngste unter den vieren geäußert hätte, sein Los aus der Urne zu nehmen, rufen müssen: „Ziehen!“ Denn sie glaube und alle, dort unten — hoffe sie — würden mit ihr glauben: Nicht auf eigenes Geheiß, nicht aus Vermeßlichkeit habe sie gehandelt, sondern als gehorsame Dienerin ewigen Willens.  
Trotz dieses Anrufes bezeugten die Richter nicht über Lust, nun, da der letzte Wille des ermordeten Präsidenten, das Verbrechen an ihm durch Tod zu sühnen, nicht in der bestimmten Form ausgeführt werden konnte, zur Durchführung der einwandfrei angeordneten Sache alle vier Verschwörer an die Wand zu stellen und niederknallen zu lassen. Doch sobald das Volk aufschäumte wie sturmgepeitschtes Meer und sie gewahrten, daß mit den Verschwörern sie selbst verloren seien, bestätigten sie den Spruch der Urne: Wie vier durch handschriftliche Anerkennung des verewigten Präsidenten P. begnadigt.  
Als diese Worte vom Jubel des Volkes zerlegt waren, ging Carriazzo auf Daraja zu, nahm sie bei der Hand und schritt mit ihr durch die Menge hin. Die tat sich vor ihnen auf, die schloß sich hinter ihnen, wie sie überall vor, hinter ungemeinem Geschrei sich geöffnet, geschlossen hat.  
Da man, einen Monat später, in gebachter südamerikanischer Republik die Vorbereitung der Wahl des neuen Präsidenten begann, riesen viele: „Carriazzo! Carriazzo!“ Aber alles Rufen war umsonst. Carriazzo wußte nicht mehr um Präsident und Republik, um Verrottung Verwaltung, um öffentliches und nichtöffentliches Wohl, um Unterdrückung und Aufstand, um Unrecht und Selbsthilfe. Sein Leben hatte nur noch einen Sinn: Leben!

Die beiden deutschen Professoren Grünthal und Grafe haben bei ihren Gehirnforschungen eine Entdeckung von noch nicht zu übersehender Tragweite gemacht. Es ist ihnen gelungen, im Zwischenhirn ein Zentrum für den wichtigsten Stoffwechsel aufzufinden. Schon seit Jahrzehnten ist bekannt, daß das Gehirn nicht nur der Sitz des Denkens und Fühlens ist, sondern auch für den Stoffwechsel des Körpers eine große Bedeutung besitzt. Bisher galt auf diesem Gebiete vor der französischen Physiologe Claude Bernard, der nicht nur die zuckerbereitende Tätigkeit der Leber und andere wichtige Stoffwechselorgane entdeckte, sondern auch als erster durch eine Verletzung des vierten Hirnventrikels auf künstlichem Wege Zuckerharnruhr hervorrief, wodurch er bewies, daß das Gehirn einen bis dahin ungeahnten Einfluß auf manche Stoffwechselvorgänge im Körper besitzt. Im Laufe der Jahrzehnte wurden in dieser Beziehung noch andere Feststellungen gemacht, die die Bedeutung des Gehirns für Fettverbrennung, für Körperwärme usw. betrafen, aber für den wichtigsten Stoffwechsel, insbesondere für die Menge des verbrauchten Sauerstoffes und der ausgeschiedenen Kohlendioxid war ein Stoffwechselzentrum im Gehirn trotz der umfassendsten Versuche nicht gefunden worden.  
Bei ihren Tierversuchen gingen die deutschen Forscher von dem Grundsatz aus, ganz bestimmte Abteilungen im Zwischenhirn zu verletzen, um den Einfluß dieser dritteligen Stellen auf die wichtigsten Stoffwechselvorgänge, hauptsächlich auf die Gewebsatmung, zu prüfen. Sie benutzten dabei eine neue Methode, die sie bei ihrer Arbeit unterstützte, indem sie nicht operativ vorgehen, sondern mit Hilfe von Höllensteinsäure vom Gaumen aus Verengungen der verschiedenen Partien des Zwischenhirns vornahmen. Nach den vorliegenden Berichten wurde dabei durch diese Höllensteinbehandlung stets nur die von den beiden Forschern beabsichtigte Verletzung der Zwischenhirnteile erzielt, so daß eine Untersuchung der Folgen dieser Eingriffe mit völliger Sicherheit erfolgen konnte. Dabei stellte es sich heraus, daß das lange gesuchte, wichtigste Zentrum für den Stoffwechsel, nämlich die Gewebsatmung, im hinteren Teil des Zwischenhirns liegt, da durch eine Verletzung dieser Partien eine einschneidende Änderung der wichtigsten Stoffwechselvorgänge hervorgerufen wurde. Durch langandauernde Messungen, die die verbrauchte Sauerstoffmenge und die ausgeschiedene Kohlendioxid betrafen, wurde festgestellt, daß diese Funktionen um ein Drittel vermindert waren und blieben.  
Durch die Verminderung des gesamten Stoffwechsels, der eine Verringerung der Verbrennung hervorruft, wurde in zahlreichen Fällen bei den Versuchstieren eine krankhafte Fettentwässerung festgestellt. Seit länger Zeit weiß man, daß für wichtige Organe im Körper, wie z. B. die Schilddrüse, verantwortlich sind, ebenso, wie man weiß, daß für die Entstehung der Zuckerharnruhr eine Erkrankung der Bauchspeicheldrüse als Ursache angenommen werden muß. Die neuen Untersuchungen haben aber dargelegt, daß auch das Gehirn für den gesamten Stoffwechsel des Körpers von größter Bedeutung ist. Es ist also ein innerer Zusammenhang der Tätigkeit des ganzen Organismus festgestellt worden, der auch auf die bisher noch ziemlich wenig geklärte Frage der krankhaften Fettbildung vielleicht großen Einfluß haben dürfte. Es scheint, daß durch die neuen deutschen Forschungen ein neuer Weg für die wichtigste Frage des Organismus, nämlich seinen gesamten Stoffwechsel, gefunden worden ist.

## N. Aranyosi: **Ein Museum im Irrenhause**

## Kuhdünge - Indiens Kohle

Tief ist die menschliche Seele und unerklärlich ihre Geheimnisse. Und zahlreich sind die wissenschaftlichen Werke, die uns einen Blick in die Verirrungen und Wirrnisse der Seele gewähren wollen. Man sagt, diese wissenschaftliche Forschungsarbeit hätte unserem Verständnis den erkrankten Menschengeist und die Erkrankung der Seele nähergebracht. Und doch, die drei Zimmerchen, die in dem Irrenhause von Angyalisd, einem Boiari von Budapest, vor kurzem als Museum eingerichtet worden sind, aus der Sammlung des Chirurgen des Irrenhauses, Dr. Arpad Selig, geben uns mehr Aufschluß über das Leben und Treiben der Geistesgestörten als ganze Bibliotheken von Theorie.  
Eine neue und grausame Welt eröffnet sich dem Besucher in den Glaschränken, die den Querschnitt dessen enthalten, was sich hinter den gelben Mauern und Gitterstäben, in den Zellen der Kranken abspielt. Es befinden sich darin Gegenstände, auf den ersten Blick unerklärlich und uninteressant: Schlüssel, Schlüsselabgüsse, Scheren, Sägen, Messer, Feilen, Messer, Schneiden, mühsam aus einem Löffelstiel gefeilt. Man würde sie kaum eines Blickes würdigen, wenn die erklärende Aufschrift an ihnen uns nicht sagen würde, wozu sie gebildet haben. Diese lächerlich harmlosen Gegenstände wurden plötzlich gefährliche Waffen, mit denen die Kranken sich oder anderen zu Weib gehen wollten. Wie sie in ihren Besitz gekommen sind, konnte nie ermittelt werden. Weist wissen selbst die Kranken nicht, wo sie sie hergenommen haben.  
Auf jeden Fall nimmt der Nordgedanke eine wichtige Stelle in dem Leben der Kranken ein. Diejenigen Irren, die sich mit den Fluchtmöglichkeiten beschäftigen, haben noch eine schwache Erinnerung an die Außenwelt, die sie nicht in Ruhe läßt. Sie haben Verlangen nach ihr, ob sie nun gut oder schlecht zu ihnen war. Und unter laufend Gefahren versuchen sie immer wieder und wieder die Flucht. Manchen gelang es auch: die Bettlaken hatten sie zu einem Strick gerollt, zusammengeknüpft und durch das Fenster das Weite gesucht.  
Jetzt kommt man zu einem Schrank, wo man unter kleinen Taschenmessern und rostigen Rägeln die Schmuckgegenstände der Verirrten findet. Sie mühen sonderbar an. Man erinnert sich plötzlich an die Kaiser und Könige der Irrenanstalten, die man bis jetzt eher nur vom Hörensagen gekannt hat. Hier sind nun ihre „Kronen“ aufbewahrt. Aus kleinen Knochenstücken auf einem Faden aufgereiht, ein Kranz aus Hosenwirbeln, den der „Herrscher“ immer auf dem Kopfe trug.  
Die Wände sind voll von Zeichnungen und Gemälden. Eine ganze Kollektion von den Arbeiten des verstorbenen, schicksalgeschlagenen ungarischen Malers Joseph Remes-Campert wurde zusammengestellt, des ungarischen von Gogh, der zu seinen Lebzeiten die größte Verheißung des ungarischen Expressionismus war. Jedes einzelne Gemälde ist eine Sensation. Nichts zeigt an ihnen dafür, daß ihr Schöpfer vor ein paar Jahren ein unheilbarer Anfall dieses Instituts war, daß viele von diesen Kunstwerken in dem Irrenhause gemalt worden sind, und daß dieser geniale Vere kurz nach ihrer Fertigstellung einem letzten Anfall erlag.  
Auch andere Kranke verbringen ihre Stunden mit Zeichnen und Malen. Unter ihnen auch ein Budapestischer Rechtsanwalt, der in

seinem Geistes- und Seelenfieber sonderbare neue Formen und Farben fand. Ein dritter zeichnete sentimentale Federzeichnungen in Biedermeierart, ein vierter, ein Patriot auch in seiner Krankheit, träumte bei dem Malen eines seiner Gemälde von dem großen ungarischen Erwachen.  
Ein in dem Irrenhause gepflegter Astronom träumt sein ganzes Wissen in seine zum Denken zwingenden Zeichnungen hinein. Geisterhafte Bilder von dem Saturn, von den sonderbaren Gewässern des Neptun und der wunderbaren Flora des Mars sollen uns die ferneren Erscheinungen der Sternennwelt offenbaren. Arabische Schriftzeichen unter ihnen deuten die Astrologie früherer Jahrtausende an. — Ein Marineoffizier beschämt mit seinen Schiffsreisen alle Phantasie der modernen Technik. Auf seinen Gemälden erzählt er märchenhafte Segenden, die nur in seinem Gehirn existieren. — Ein kranker Arbeiter dämpft auf seinen Kreidzeichnungen das Feuer der Kessel und mit seiner Handfläche deckt er die Öffnungen der Fabrikshornsteine zu. Was er damit gemeint hat, was in seinem armen Gehirn vorgeht, fällt wohl nicht schwer zu analysieren. — Ein anderer Künstler streut die nächstlichen Straßen und Kirchen mit Geistern voll, der Himmel sprüht Flammen, über Erden jagen Orkane und grinsende Furien, und irgendwo im Hintergrund sechzen zwei gepanzerte Ritter auf bulldoggenköpfigen Pferden einen furchtbaren Kampf aus.  
Und hundert und aber hundert andere Gemälde und Zeichnungen sprechen hier von dem Leben des Irrenhauses und den Gedanken und Gefühlen seiner Bewohner.  
In einer Ecke, sorgfältig aufbewahrt, liegt ein eigenartiges Fluchwerk, ein schlichter Bretterrahmen mit Rägeln vollgeschlagen, von denen Bindfäden herunterhängen. Ein Polizist fand ihn in den Händen eines Mannes der am Ufer der Donau saß. Er bildete sich ein und wiederholte es immer: er hätte den vollkommenen Taucherapparat erfunden, man sollte nur genügend Organe in die Bindfäden pumpen, und er könne ein Jahr damit unter Wasser bleiben.  
Künstlerische Handarbeiten von geisteskranken Frauen ergänzen diese sonderbare Sammlung. Kleine Leinwandstücke mit Phantasiegebilden, Häuschen und Bögen vollgestopft, Figuren und Gruppenbilder von zerkaulten Papieren, Brotkrumen und ausgelesenen Lumpen gefüllt — wühle man nicht, wie sie entstanden sind, so würde man spielerisches Schaffen erster Künstlerhände vermuten.  
In dem letzten Zimmer sind die weißleuchtenden, anormalen Knochenköpfe verstorbener Geistesgestörter aufgestellt. Daneben ärztliche Präparate und eine lange Reihe von Spiritusläschen mit den darin aufbewahrten zerschnittenen, kranken Gehirnen. Zum Schluß erlebt man noch in einigen hier aufgestellten Rekonstruktionen und graphischen Darstellungen die eigenartige Behandlungsweise der Verirrten in den vergangenen Zeiten. Es ist gar nicht so lange her, daß man während eines Anfalls den Kranken an einen Pfahl angebunden hatte. Noch früher hatte man ihn an die Wand eines taruffelartigen Gerüsts gebunden, das dann solange mit wachsender Geschwindigkeit gedreht wurde, bis der „vom Teufel Besessene“ in Ohnmacht fiel, während der ihn „der böse Geist verließ“.  
Auf dem Hofe des Irrenhauses lehren stille Kranke die Wege des Fortes.

Obgleich Indien soviel Kohle erzeugt, daß es bereits eine gewisse Ausfuhr betreiben kann, wird doch im alltäglichen Leben dieser Brennstoff nur wenig verwendet, sondern der Hindu bezieht sich seit altersher des getrockneten Kuhdüngers, der ihm reichlich zur Verfügung steht. Gibt es doch in Indien 150 Millionen Kühe, von denen die meisten im Freien herumlaufen und sich sogar mitten im dichtesten Straßengewühl bewegen. Niemand darf diese Tempeltiere fortjagen, denn sie gelten für heilig, und es wäre ein großes Verbrechen, wenn ein Hindu auch unabsichtlich eine Kuh töten würde. Infolge dieser Verehrung der Kuh bringt fast die Hälfte des indischen Rindviehbestandes keinen Gewinn, und man hat den Verlust, den das Land dadurch erleidet, auf 2½ Milliarden Mark geschätzt. Wenn aber der Hindu auch die heiligen Kühe nicht in seinen Dienst stellen darf, so kann er doch wenigstens das Erzeugnis benutzen, das sie ihm freiwillig liefern, nämlich den Dünger, und so dient er denn überall als Brennstoff.  
Professor Edmund Grafe, der dieser seltsamen „Kohle Indiens“ einen Aufsatz in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ widmet, schreibt darüber: „Zuerst fiel mir diese Verwendung in Madras auf. Hier klieben an vielen Wänden große dunkle Flecken, die ich in getrockneter Form auch an den Verkaufsstellen aufgestellt sah; es war Kuhdünger. Eifrig wird das kostbare Material gesammelt, mit den Händen geförmt und an die Wände der Häuser geklebt. Bei der intensivsten Sonnenbestrahlung trocknet der Kuhmist bald, wird in Haufen aufgestapelt und kommt zum Verkauf. Überall sieht man entweder im Freien, wo z. B. ein Barbier in einer Pfanne Kuhmist verbrennt, um ein Schälchen mit Rasierwasser zu wärmen, in den Oefen der Wohnungen oder in den im Freien betriebenen Werkstätten die heftigsten Feuer dieses Brennstoffes. Es muß sich um gewaltige Mengen handeln.“ Nach den Untersuchungen Graefes ist der Kuhmist gar kein schlechter Brennstoff; er verbrennt vollkommen geruchlos und fast rauchlos. Der Heizwert kommt etwa dem des vollkommenen lufttrockenen Torfes nahe. Der Kuhdünger behält übrigens, auch wenn er verbrannt wird, doch seine Heiligkeit; er wird nicht nur als Miste für Heilmittel benutzt, sondern die Miste ist auch in den großen Tempeln in Gefäßen aufgestellt, und die Gläubigen reiben sich beim Vorbeigehen davon etwas auf die Stirn. Manche begraben sich sogar mit dieser heiligen Kuhdüngersche den ganzen Körper.  
Die Rudelsprige in der Blüte. Eine merkwürdige Einrichtung findet sich in den Blüten verschiedener Schmetterlingsabfälle, wie z. B. in Hornflee und in den Lupinenblüten. Sie besteht darin, daß in diesen Blüten die in sog. „Schiffchen“ übereinanderliegenden Staubbeutel den Pollen in der Weise von sich geben, daß, sobald man das Schiffchen nach unten zieht, die Masse des Blütenstaubes wie aus einer Rudelsprige aus der Spitze herausstritt. Wenn ein Insekt eine Lupinenblüte besucht und dabei das Schiffchen herabzieht, so wird durch einen inneren, wie eine Pumpe wirkenden Druck die Masse des Pollens aus der „Rudelsprige“ herausgedrückt und bleibt an der Unterseite des Insektenkörpers haften. Ist der Pollenvorrat erschöpft, so stellt die Rudelsprige ihre Tätigkeit ein, und nun erscheint an der Spitze des Schiffchens die empfangsbereite Narbe, die jetzt befruchtet werden kann.



